

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Wochenendausgabe

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Preisend mit viel schönen Worten . . .

Schleicher verspricht — und droht!

Der General als Menschenfreund

Der neue Reichskanzler hat gesprochen. Aber was hat er eigentlich gesagt?

Unbestreitbar ist, daß seine Rede sehr lang war. Sie enthielt eine Fülle „schöner“ Worte, eine Aneinanderreihung von „weltanschaulichen Bekenntnissen“ oder, um es etwas unhöflicher zu sagen, eine reichhaltige Sammlung von Plathheiten und Banalitäten. Wohlwollen, gute Absichten, Edelmut — als wenn man damit „der Retter“ werden könnte! Mit solchen Maximen konnte man vielleicht vor zweihundert Jahren die Geschichte von Greiz-Schleiz-Lobenstein lenken — aber Deutschland 1932? Unwahrscheinlich!

Schleicher will „ausgleichen“, will „sozialen Geist“ rings um sich verbreiten. Was so ein preußischer General unter sozialer Gesinnung versteht, das wird am deutlichsten, wenn er als „leuchtendes Vorbild“ anföhrt; das deutsche Heer 1914/18. Dort „standen arm und reich, Soldat und Offizier in Reih und Glied zusammen“. Wie wird uns denn? Galt nicht damals mit Recht der Spruch „Gleiche Löhnung, gleiches Essen — war der Krieg schon längst vergessen? Wurde nicht damals in den Offizierskasinos geschwätzt und verschwendet, während die Mannschaften hungerten und im Dreck verkamen? Mußten nicht sogar amtliche Aktienpublikationen an Hand unzähliger Heeresbefehle feststellen, daß die unsoziale Gesinnung eines großen Teiles der deutschen Offiziere entscheidend beigetragen hat zur Niederlage Deutschlands? Das ist ihr soziales Weltbild, Herr General? Wir danken — wir wissen genug!

Aber unser Reichskanzler hat nicht nur eine wohlwollende Gesinnung — er hat sogar auch ein Programm. Es besteht, wie er in seiner gestrigen Rede feststellte, „aus einem einzigen Punkte: Arbeit schaffen!“ Uns will scheinen, wir hätten das schon mal irgendwo gehört. Täuschen wir uns, oder haben nicht auch die Herren Vorgänger diesen Gedanken entwickelt? Vielleicht liegt das jetzt in der Luft?

Immerhin, man soll auch dem politischen Gegner Gerechtigkeit widerfahren lassen: Dieser Programmpunkt findet unsere Zustimmung. Nur hätten wir, neugierig wie wir nun einmal sind, so gern etwas über das Wie vernommen. Von allgemeinen Versprechungen wird leider niemand saft.

Genauere Pläne? Davon war nichts zu hören! Die Herren sind sich noch nicht einig. Da wird wohl der Herr Reichskanzler noch öfter zwei seiner Minister solange zusammen in ein Zimmer sperren müssen, bis sie ausgesöhnt und geläutert wieder zum Vorschein kommen. Oder sollte vielleicht diese so gerühmte Methode doch nicht immer funktionieren? Sollten all diese Schwierigkeiten am Ende daher kommen, daß der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit Quacksalbereien und Pflästerchen nicht mehr zu helfen ist? Nun, wir verstehen, daß einem preußischen General so ketzerische Gedanken fern liegen müssen. Wo käme er denn sonst hin?

Nein, ein preußischer General hat andere Sorgen: Arbeitsdienst, Jugend-erfüchtigung, Werkhalbjahr der Abiturienten, Bauernhilfsdienst, Netzwerk der deutschen Jugend — alles in der Richtung des großen Zieles: Allgemeine Wehrpflicht! Siedlung im Osten — zur Verteidigung der Landesgrenze. Das wäre militaristisch, wäre Rüstung für neuen Krieg? Aber was denn! Wir sind doch für Abrüstung, wir haben uns in Genf verständigt, wir sind gerade fanatische Friedensfreunde. Lächle da eben jemand?

Im übrigen auch zur Außenpolitik kein konkretes Wort, nichts über Deutschlands Verhältnis zu Rußland, zu den Westmächten

In der Rundfunkrede, die Reichskanzler General v. Schleicher am Donnerstag abend hielt, führte er im wesentlichen folgendes aus:

Ich habe gegen die Annahme des Kanzleramtes die allerschwersten Bedenken gehabt. Einmal, weil ich nicht der Nachfolger meines Freundes Papen, dieses Ritters ohne Furcht und Tadel, sein wollte, dessen vom reinsten Willen und hoher Vaterlandsliebe getragenes Wirken erst eine spätere Zeit voll anerkennen wird, vor allen Dingen aber deshalb,

weil der Wehrminister als Reichskanzler nach Militärdiktatur riecht,

und weil die Gefahr nicht von der Hand zu weisen ist, daß durch eine Verbindung dieser beiden Ämter die Wehrmacht zu stark in die Politik gezogen werden könnte. Nur die Überlegung, daß eine solche Maßnahme den Ernst der Situation so scharf kennzeichnen und auf gewisse Unzulänglichkeiten abkühlend wirken würde, daß dadurch der tatsächliche Einsatz der Wehrmacht verhindert werden kann, hat mich zur Zurückstellung meiner Bedenken veranlaßt. Ich möchte deshalb heute auch an alle Volksgenossen die Bitte richten, in mir nicht nur den Soldaten, sondern den überparteilichen Sachwalter der Interessen aller Bevölkerungsschichten für eine hoffentlich nur kurze Notzeit zu sehen, der nicht gekommen ist, das Schwert zu bringen, sondern den Frieden. Ich habe es schon verschiedentlich zur Ausdrück gebracht und wiederhole es heute: Es sitzt sich schlecht auf der Spitze der Bajonette, d. h. man kann auf die Dauer nicht ohne eine breite Volksstimmung hinter sich regieren. Diese Stimmung in den breiten Schichten der Bevölkerung wird sich aber gerade eine Regierung wie die von mir geführte erst durch ihre Taten erwerben müssen, und ich gebe mich über die Schwere dieser Aufgabe keiner Illusion hin.

Zunächst werde ich schon zufrieden sein, wenn die Volksvertretung, der ich für diese Zeit gern eine starke Dosis gesunden Mißtrauens zubillige, der Regierung

ohne Hineinreden und ohne die hinlänglich bekannten parlamentarischen Methoden Gelegenheit gibt, ihr Programm durchzuführen. Dieses Programm besteht aus einem einzigen Punkte: „Arbeit schaffen!“ Alle Maßnahmen die die Reichsregierung in den nächsten Monaten durchführen wird, werden mehr oder weniger diesem einen Ziel dienen.

Menschen, die der Verzweiflung nahe sind, kann man mit Auseinandersetzungen darüber nicht trösten, daß nach den Gesetzen wirtschaftlicher Vernunft auf jedes wirtschaftliche Tief ein Hoch zu folgen pflege. Sie wollen alsbaldige tatsächliche Hilfe sehen. Deshalb muß man rechtzeitig Dämme einbauen, damit die Fluten nicht über uns weggegangen sind, bevor die wirtschaftliche Erholung sichtbar wird, auch wenn diese Dämme nicht hundertprozentig den strengsten Gesetzen der wirtschaftlichen Vernunft entsprechen. Ich habe deswegen dem Herrn Reichspräsidenten die Ernennung eines

Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung vorgeschlagen. Seine Aufgabe wird es sein, jeder Arbeitsmöglichkeit nachzuspüren, ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzustellen und seine Durchführung zu überwachen, wobei er bürokratischen und sonstigen Hemmungen gegenüber

die Rolle des Schäferhundes übernehmen muß. Das Programm muß in erster Linie auf die Instandsetzung der vorhandenen Produktionsgüter und auf ihre Verbesserung abgestellt werden, und

die Vergebung der Arbeiten an Unternehmer ist der Ausführung in eigener Regie vorzuziehen.

In kurzen Sätzen kann man die Finanzlage folgendermaßen charakterisieren:

1. Wir werden im laufenden Entzjahr im Reiche ohne neue Steuern und ohne weitere Kürzungen der Personalausgaben durchkommen, was immerhin einen erheblichen Fortschritt gegen die beiden letzten Kaiserjahre bedeutet.

2. Das Reich hilft Ländern und Gemeinden, deren finanzielle Verhältnisse zum Teil sehr schwierig liegen, durch organisatorische und finanzielle Maßnahmen.

Mit der Frage der Arbeitsbeschaffung hängt die Siedlung eng zusammen.

Gerade auch als Wehrminister muß ich auf die Besiedlung unserer Ostmark den größten Wert legen.

Den letzten Endes sind es noch immer die Menschen auf eigener Scholle gewesen, die den besten Grenzwall gegen das Vordringen fremden Volkstums abgeben.

Für das Jahr 1933 sind zunächst 50 Millionen RM für die Siedlungen im Haushaltsplan bereitgestellt worden und weitere 50 Millionen werden unter Mitwirkung der Reichsbank vorfinanziert. In den Landbezirken Ostpreußen, Grenzmark, Pommern und Mecklenburg wird der Siedlung folgendes Land zugeführt werden:

in Ostpreußen etwa . . .	800 000 Morgen
in der Grenzmark etwa . . .	100 000 „
in Pommern etwa . . .	280 000 „
in beiden Mecklenburg etwa	120 000 „

Es liegt auf der Hand, daß alle diese Probleme aufs engste mit der Frage unserer Gesamt-Wirtschaftsführung verbunden sind, ein Gebiet, auf dem die Meinungen sogenannter Sachverständiger und Wirtschaftler besonders scharf aufeinanderprallen. Für den Chef einer Regierung wird es nicht immer ganz leicht sein, aus dem Wirrwarr der verschiedenen Ansichten eine Lösung zu finden, die nach Möglichkeit allen Berufsständen gerecht wird. Ich habe dazu das Mittel angewandt, den Herren Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister — die Herren mögen mir diese Indiskretion verzeihen — in ein Konkloche (in einen Raum) zu schließen, um

die richtige Mittellinie

zu finden. Aus der Tatsache, daß die beiden Herren heute friedlich und arbeitsfreudig im Kabinett zusammensitzen, können Sie den Erfolg dieses Verfahrens ersuchen. Ich bin ketzerisch genug, einzugestehen, daß ich weder ein Anhänger des Kapitalismus noch des Sozialis-

mus bin, daß für mich Begriffe wie „Privat- oder Planwirtschaft“ ihre Schrecken verloren haben, ganz einfach, weil es diese Begriffe in absoluter Reinheit im Wirtschaftsleben gar nicht mehr gibt, auch gar nicht mehr geben kann. Und deshalb vertrete ich den Standpunkt, man soll in der Wirtschaft das tun, was im gegebenen Moment vernünftig ist und aller Wahrscheinlichkeit nach zu den besten Resultaten für Volk und Land führt, und sich nicht eines Dogmas wegen die Köpfe einschlagen.

Alle Maßnahmen, Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Ankerbelohnung der Wirtschaft müssen aber erfolglos verpuffen, wenn das Vertrauen auf stabile Verhältnisse und der Glauben an eine bessere Zukunft fehlen. Wie ist dieses Vertrauen und dieser Glaube zu schaffen? Nur durch freudige Mitarbeit aller Bevölkerungsschichten und durch möglichst weitgehende Ausschaltung von Reibungen und absichtlichen Störungen. Es ist etwas viel verlangt, in dieser schweren Jahreszeit freudige — ich unterstreiche das Wort „freudige“ — Mitarbeit zu verlangen und doch weiß ich, daß beim deutschen Volke auch dies möglich ist, wenn bei allen notwendigen Anordnungen der soziale Gesichtspunkt berücksichtigt wird. Also ein sozialer General, höre ich manchmal meiner Zuhörer mit zweifelndem oder sogar spöttischem Achselzucken sagen. Ja, meine Damen und Herren,

es hat in der Tat nichts Sozialeres gegeben, als die Armee der allgemeinen Wehrpflicht, in der Arm und Reich, Offizier und Mann in Reih und Glied zusammenstanden

und in den Wandertaten des Weltkrieges eine Kameradschaft und ein Zusammengehörigkeitsgefühl bewiesen haben, wie es die Geschichte nicht seinesgleichen kennt. Vor einigen Tagen ist mir eine Ausarbeitung vorgelegt worden, die sich mit der inneren Disziplin der Truppe im Weltkriege befaßt und die ein besonders eindrucksvolles Bild davon gibt, von welcher ausschlaggebender Bedeutung für Disziplin und Geist der Truppe die soziale Einstellung der Führer aller Grade gewesen ist.

Auf dem Gebiete des Sozialrechts ist eine gewisse Entspannung schon dadurch eingetreten, daß der Reichstag die Aufhebung der weitgehenden Ermächtigung der Reichsregierung aus dem zweiten Teil der Verordnung vom 4. September 1932 beschlossen hat. Ich nehme an, daß dieser Beschluß nach entsprechender Stellungnahme des Reichsrats schon in den nächsten Tagen Gesetzeskraft erlangen wird.

Als besondere Winterhilfe wird von der Regierung folgendes veranlaßt werden: Sie wird vor allem die Frischfleischverbilligung verstärken und, wie im Vorjahre, über die Hilfsmaßnahmen der Kohleerzeuger und der Reichsbahn hinaus eine weitere Verbilligung der Hausbrandkohle für die notleidende Bevölkerung auf Reichskosten vornehmen. Ferner wird sie den Kreis der Empfänger auch auf die alleinstehenden Unterstützungsberechtigten, zu denen auch die Kleinrentner gehören, ausdehnen. Ob es möglich ist, die Hilfsmaßnahmen noch über diesen Rahmen hinaus zu

tauger einer Verbeugung vor Mussolini, die freilich charakteristisch genug ist). Nur die ewig wiederholte, unwahre Phrase: „In der Außenpolitik sind sich alle Deutschen einig!“ Daß Sie sich nur nicht täuschen. Herr General! Wir werden unser Möglichstes tun . . .

Zur Innenpolitik: „Ich bin nicht gekommen, das Schwert zu bringen, sondern den Frieden“. Aber natürlich, wenn ihr nicht so friedlich seid, wie ich es wünsche — dann wehe euch: Eine prima Notverordnung liegt fertig in meinem Schubkasten! Wie geht es doch bei Schweik? Da ist ein Leutnant, der immer lange vernünftige Reden hält, um dann zum Schluß regelmäßig loszubrüllen: „Wartet nur, ihr Schweinehunde, ihr werdet

mich schon noch kennenlernen!“

Gegen wen sich diese freundliche Ermunterung richtet, das, wenigstens das, hat der General mit begrüßenswerter Deutlichkeit offenbart. Erst ein kleines Geplänkel mit dem Parlament: Hübsch vernünftig sei ihr wißt doch, daß ich der Stärkere bin! Dann die volle Breitseite der Geschütze gegen den Hauptfeind: die Kommunistische Partei. Ihr seid Staatsfeinde, bei euch gibt's kein Pardon. Die Nazis? Die werden gleichzeitig, ein bißchen durch die Blume, noch einmal zum Mitregieren eingeladen. Schleicher bleibt seinen Prinzipien treu.

Der General als Menschenfreund? Des Herrn Güte ist wunderbar — aber auf Revolutionäre erstreckt sie sich natürlich nicht.

Man soll das nicht auf die leichte Achsel nehmen. Schleichers Aufbaupläne werden scheitern. Die Krise wird sich verschärfen. Die Arbeitslosigkeit wird wachsen. Unruhen werden kommen. Und dann — wird er doch das Schwert bringen!

Schleicher droht der KPD — aber er meint nicht nur eine Partei, sondern die revolutionäre Arbeiterklasse. Das müssen die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen, das müssen die Anhänger der KPD einsehen — ehe es zu spät ist. Wir müssen sie unermüdet darauf hinweisen!

Schleicher hat gesprochen. Das Proletariat muß antworten, aber nicht mit tönenden Worten, sondern mit nüchternen Taten. Mit einer Politik, die unter dem Motto steht: Klasse gegen Klasse!

erweitern, vor allen Dingen in der Verbilligung von Milch und Brot, hängt von dem Ergebnis der Verhandlungen ab, die in diesen Tagen gepflogen werden.

In diesem Zusammenhang muß ich aber ein Wort ernster Mahnung an die Reichstagsausschüsse

richten. Ich verstehe durchaus, daß die Volkswirtschaft sich mit allen Kräften um die Besserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Wähler bemüht. Ich kann es aber nicht mehr als verantwortungsbewußt bezeichnen, wenn man Entschlüsse faßt, die dem Reich viele underte von Millionen kosten würden, von denen man also genau weiß, daß sie bei der mühsamen Lage der Reichsfinanzen

niemals durchgeführt

werden können. Durch derartige papierene Beschlüsse werden in der Bevölkerung Hoffnungen erweckt, auf deren Nichterfüllung eine umso größere Enttäuschung folgen muß.

Die zur wirtschaftlichen Beruhigung notwendige Ausschüttung aller abschließlichen Stützungen hat in der Vergangenheit leider eine große Zahl von Ausnahmestimmungen nötig gemacht. Ich habe den Herrn Reichspräsidenten gebeten, die zweifellos eingetretene Beruhigung zum Anlaß zu nehmen, um derartige Ausnahmestimmungen aufzuheben, um endlich einmal wieder zu normalen Rechtsverhältnissen zurückzukehren. Der Herr Reichspräsident will diesem Vorschlag im Vertrauen auf den gesunden Sinn der ordnungsliebenden Bevölkerung entsprechen, hat dabei aber zum Ausdruck gebracht, daß er nicht zögern würde, eine scharfe Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes zu erlassen, falls er sich in seinen Erwartungen getäuscht sieht. Den gewesenen Unruhestiftern ebenso wie einer gewissen aufreizenden, die Atmosphäre vergiftenden Presse darf ich in diesem Zusammenhang warnend zur Kenntnis bringen,

daß eine solche Verordnung fertig im Schubkasten liegt und in der Tat in ihrer Lückenlosigkeit eine ausgezeichnete Arbeit darstellt.

Ich hoffe, daß ihre Anwendung ebenso wenig nötig werden wird, wie der Einsatz der Wehrmacht. Ich möchte aber auch

die staatsfeindliche kommunistische Bewegung nicht im Zweifel darüber lassen, daß die Reichsregierung auch vor drakonischen Ausnahmestimmungen gegen die kommunistische Partei nicht zurückschrecken wird.

falls sie die Lockerung der Zügel zur vermehrten Verhetzung der Bevölkerung mißbrauchen sollte

Eine Frage, die dem Wehrminister besonders am Herzen liegen muß, ist

die körperliche und geistige Ertüchtigung der Jugend.

Wieviel Väter Mütter und Erzieher haben in diesen Zeiten sorgenvolle Briefe an den Wehrminister gerichtet mit der dringenden Bitte, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. Und in der Tat gibt es keine bessere Schule für die Jugend, um Selbstdisziplin, äußere und innere Bescheidenheit und Kameradschaft zu lernen. Das ist auch ein Hauptgrund, warum

ich mich wieder und wieder für die allgemeine Wehrpflicht im Rahmen einer Miliz einsetze.

Die Reichsregierung wird allen geeigneten Einrichtungen, insbesondere auch freiwilligen Kameradschaften jugendlicher Erwerbsloser öffentliche Mittel zur Verfügung stellen, wenn sie gewillt sind, den Teilnehmern gemeinsame Verpflegung, körperliche Übungen und geistige Fortbildung zu verschaffen.

Zwei weitere Dinge gedenkt die Reichsregierung im kommenden Frühjahr in Angriff zu nehmen: das freiwillige Werkhalbjahr der Abiturienten und die freiwillige Bauernhilfe. Das freiwillige Werkhalbjahr der Abiturienten soll dem Nachwuchs aller überfüllten Hochschulen Gelegenheit geben, im Zusammenhang mit dem freiwilligen Arbeitsdienst, der Erntehilfe, dem Geländesport und dem Netz der deutschen Jugend gemeinsam mit Altersgenossen aller Volkskreise diese in praktischer Tätigkeit zu schulen und einen beispielhaften Volkedienst abzuleisten. Die Freiwillige Bauernhilfe soll jugendliche städtische Erwerbslose auf dem Lande in solchen Bauernwirtschaften, die sich bezahlte Arbeitskräfte nicht halten können, als mitarbeitende Haus- und Familiengenossen unterbringen.

Ich habe oben von der allgemeinen Wehrpflicht gesprochen. Das führt mich zu unserer Stellung in der Abrüstungsfrage. Was die Aufrüstung anbetrifft, so habe ich immer wieder betont und tue das auch heute, daß wir bereit sind, unsere Wehrmacht nur noch mit Messer und Pappschilde auszurüsten, wenn unsere Nachbarn desgleichen täten. Ich habe allerdings auch mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß das deutsche Volk nicht gewillt sei, sich wehrlos den Hals abschneiden zu lassen, daß seine Wehrmacht ihm also dieselbe Sicherheit garantieren müßte wie jedem anderen. Ein Volk, das in der Wehrfrage unter Ausnahmerecht steht, ist nicht souverän, und der italienische Regierungschef, der unseren Anspruch auf Gleichberechtigung in jeder Verhandlungsphase wärmstens unterstützt hat, wofür ihm das deutsche Volk Dank weiß, hat ganz recht, wenn er in diesem Zusammenhang einmal äußerte, daß

das Gewehr für den Deutschen ein Symbol bedeute, das Symbol des freien Mannes auf freier Scholle. Ich bin überzeugt, daß wir durch die Genfer Vereinbarung einen großen Schritt vorwärts gemacht haben. Im übrigen sind sich über die Ziele, die wir in der Außenpolitik zu verfolgen haben, im Grunde alle Deutschen einig. Das deutsche Volk will als freie, gleichberechtigte und geachtete Nation im Kreise der Völker den Platz einnehmen, auf den es nach seiner Größe, seiner Ver-

Felsenecke-Strafanträge

77 Jahre Zuchthaus für die überfallenen Kommunisten — 11 1/2 Jahre für Nazimörder

Berlin, 15. Dezember.

CNB. Staatsanwaltschaftsrat Stenig stellte heute im Felseneckeprozess die Strafanträge gegen die 25 Angeklagten. Er beantragte die Freisprechung des Nationalsozialisten Dorst und der Kommunisten Graiz und Döring.

Gegen die übrigen fünf nationalsozialistischen Angeklagten wurden Strafanträge wegen Raufhandels in Tateinheit mit versuchtem (1) Totschlag an dem Arbeiter Klempke gestellt, und zwar gegen die Angeklagten Knuth, Grossel je zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust, gegen Schwarz und Strauch je zwei Jahre drei Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust und gegen Villwock zwei Jahre Zuchthaus.

Gegen die kommunistischen Angeklagten wurden folgende Strafen beantragt: Wegen Raufhandels in Tateinheit mit vollendetem und versuchtem Totschlag und wegen Waffenbesitzes gegen Andree acht Jahre ein Monat Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, gegen Nees und Fischer je acht Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, wegen Raufhandels in Tateinheit mit Totschlag gegen Schön sechs Jahre sechs Monate Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust, gegen Ackert sechs Jahre zwei Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, gegen Hirsch, Becker, Hohmann, Kaiser, Klepka und Wenzel je sechs Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, gegen Galzky fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Wegen Raufhandels in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung wurden gegen Genz, Hosmann und Steinhoff je zwei Jahre Gefängnis, gegen den jugendlichen Grolbert ein Jahr sechs Monate Gefängnis und gegen Adam wegen Schußwaffenvergehens ein Jahr Gefängnis beantragt. Außerdem wurden Haftbefehle gegen mehrere auf freiem Fuß befindliche Angeklagte beantragt.

Diese Strafanträge zeigen die heutige nazifreundliche Justiz in ihrer ganzen Kräntheit. Um sich das Ungeheuerliche dieser Strafanträge und der ganzen Prozedur zu vergegenwärtigen, muß man immer wieder an die einfache Tatsache erinnern, daß die Nazibande einen organisierten, nach einem genau festgelegten Mordplan durchgeführten Heberfall auf die Arbeiterkolonie machten. Die Arbeiter haben nichts anderes getan, als sich dagegen gewehrt. Dafür bekommen die angreifenden Mörder zusammen elf Jahre, die überfallenen Arbeiter aber 77 Jahre Zuchthaus!

Wer hier noch von „unparteiischer“ und „gerechter“ Justiz redet, gehört ins Irrenhaus. Diese Strafanträge und ein etwa dementsprechendes Urteil wird Millionen Proletarier eindeutig und schneller über den

Klassenstaat aufklären, als tausend Reden und Artikel. Die Folgen werden für die herrschende Klasse alles andere als vorteilhaft sein, denn einst werden wir die Richter und Rächer sein!

Marsch, ins Zuchthaus!

Leipzig, 15. Dezember.

WTB. Im Harfelder Sprengstoffprozess gegen Kommunisten fällt das Reichsgericht am Donnerstag das Urteil. Sieben Angeklagte wurden zu einem bis dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, vier Angeklagte zu neun bis achtzehn Monaten Gefängnis, zwei Angeklagte zu Festungsstrafe.

Das Gegenstück der parlamentarischen Amnestiebeschüsse sind die hohen Freiheitsstrafen, welche gerade in den letzten Tagen von den deutschen Gerichten gegen kommunistische Angeklagte beschlossen wurden. Es scheint, als arbeite die Klassenjustiz im fiebrigen Tempo, um die Amnestierungen wieder wett zu machen!

Kommunistische Versammlung ausgehoben

Köln, 15. Dezember.

Ein starkes Polizeiaufgebot hob heute nachmittag eine kommunistische Versammlung in den Baracken an der Deutz-Kalker StraÙe aus. 20 bis 30 Personen wurden zwecks Feststellung ihrer Personalien dem Polizeipräsidenten eingeliefert.

Kampf gegen Freidenker Polizei macht „Feststellungen“

Halle, 15. Dezember.

Polizeilichen Feststellungen ist es gelungen, einem Plan, das Organisationsmaterial einer Ersatzorganisation des verbotenen proletarischen Freidenkerbundes dem neugewählten Hallischen Ortsgruppenvorstand dieser Organisation zu übergeben, auf die Spur zu kommen, und fünf Personen, darunter den Reichsleiter der Ersatzorganisation: „Volkshilfe mit Bestattungsfürsorge“, Ganasinski Berlin, festzunehmen. Das Material wurde beschlagnahmt, die hiesige Geschäftsstelle der Volkshilfe wurde geschlossen. Bis jetzt sind 64 Orte im Regierungsbezirk Merseburg festgestellt worden, in denen Ersatzorganisationen des verbotenen proletarischen Freidenkerbundes aufgezogen wurden. Die weiteren Ermittlungen sind im Gange.

Die „Volkshilfe“, eine Bestattungsorganisation, zu verbleiben, ihre Büros zu beschlagnahmen und Funktionäre zu verhaften, das ist so der Gipfelpunkt dessen, was man sich in der Bekämpfung der Freidenkerbewegung bis jetzt geleistet hat. Für die Mitglieder der sozialdemokratisch geführten Freidenkerorganisationen sind die Polizeimaßnahmen von Halle eine eindringliche Lehre, was ihnen noch bevorsteht und gleichfalls der Beweis für die Notwendigkeit eines Kampfbündnisses aller proletarischen Organisationen zur Abwehr dieser Gefahren.

Tumult im Berliner Stadtparlament

Demonstrierende Arbeiterfrauen im Sitzungssaal

Berlin, 15. Dezember.

CNB. In der heutigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es zu unbeschreiblichen Tumultszenen. Während der Ausführungen eines kommunistischen Stadtverordneten wurde plötzlich die Tür zum Sitzungssaal aufgerissen und etwa zwei Dutzend Frauen drangen unter lautem Geschrei in den Sitzungssaal. Magistratsbeamte, die sich ihnen entgegenstellen wollten, wurden über den Haufen gerannt; hierbei wurden ein Aufsichtsbeamter und der Rathausinspektor verletzt. Die Frauen riefen: Wir sind die Frauen der erwerbslosen Arbeiterschaft! Wir verlangen Brot, Winterkleidung und Kohlen für unsere Kinder! usw.

Die Frauen kletterten auf die Rednertribüne, füllten die Magistratsbänke, beschimpften die nichtkommunistischen Stadt-

verordneten, kurz, es herrschte im Sitzungssaal etwa eine Viertelstunde lang ein vollkommenes Durcheinander.

Der Vorsteher hatte seinen Platz verlassen und der Rathausdezerent, Stadtrat Linxweiler, suchte Ordnung zu schaffen und die schreienden Frauen zum Verlassen des Ratssaales zu bewegen. Als vor dem Sitzungssaal Polizei eintraf, hatten die Demonstrantinnen bereits den Saal verlassen. Die demonstrierenden Frauen waren inzwischen von den Bürgermeistern Lange und Dr. Elsas geführt worden, die ihre Wünsche und Schilderung verschiedener Einzelfälle angehört und eingehende Untersuchung zusagten.

Nach etwa halbstündiger Unterbrechung eröffnete der Vorsteher die Sitzung wieder und sprach sein Bedauern über die Vorfälle aus.

gangeneit und seiner Leistungsfähigkeit Anspruch hat. Um diesen Anspruch zu verwirklichen, wird die Reichsregierung in ruhiger Entschlossenheit und Stetigkeit an die großen Aufgaben herangehen, die sich aus der augenblicklichen Lage ergeben. Sie weiß, daß den deutschen Lebensinteressen, die hierbei auf dem Spiele stehen, nicht mit gewagten politischen Experimenten, nicht mit abenteuerlichen politischen Kombinationen gedient sein kann. In nüchternen Würdigung der politischen Realitäten, zugleich aber auch im Vertrauen auf die gesunde innere Kraft unseres Volkes sind wir bereit zur aufrichtigen freundlichen Zusammenarbeit mit allen den Regierungen, die auch ihrerseits gewillt sind, eine Lösung der offenen internationalen Probleme auf dem Wege gerechter und billiger Verständigung zu suchen.

An Verbände, Gruppen und Parteien möchte ich in dieser Stunde die Mahnung richten, daran zu denken, daß sie nicht

Selbstzweck sind und ihre Daseinsberechtigung verlieren, wenn sie sich der Mitarbeit am Staate entziehen. Das deutsche Volk hat ein sehr feines Gefühl für ein Versagen auf diesem Gebiet und wird sich enttäuscht von denjenigen abwenden, denen es im reichsten Maße sein Vertrauen geschenkt hat, weil es große positive Leistungen von ihnen erwartete und nicht Taktik und Negation. Denen aber, die da meinen, eine autoritäre Staatsführung könne des Rückhalts im Volke entbehren, die darüber hinaus sogar jede Zusammenarbeit mit einem Parlament ablehnen, möchte ich entgegenhalten, daß Wille und Mut allein zum Regieren nicht genügen, daß auch Verständnis für das Empfinden des Volkes und das Erkennen des psychologischen Momentes dazu gehören. Deshalb wird die von mir geführte Reichsregierung für ihre Arbeit den besten Mottospruch „Erst wagen, dann wagen“ zur Richtschnur nehmen.

Wieder einer Landrat Köhne aus der SPD ausgetreten

Bunzlau, 15. Dezember.

CNB. Nach einer Mitteilung an die Presse hat der Landrat des Kreises Bunzlau, Köhne, seinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei erklärt. Köhne wurde im Jahre 1929 vom Kreisrat Bunzlau dem Staatsministerium einstimmig als Landrat vorgeschlagen. Der Grund zu seinem Austritt soll in Differenzen mit der Partei zu suchen sein.

Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. — Mit dem Tage, da die Bourgeoisie die Sozialdemokratie aus dem aktiven Staatsdienst entließ, begann die große Flucht der in den Nachkriegsjahren zur SPD gestögenen „Real“-Politikern. Solange sie mit umgedeckten Tische des Kapitalismus sitzen durften, bewahrten sie ihr „sozialistisches“ Herz. Jetzt verflüchtigen sie sich wieder dahin, woher sie gekommen sind. Immerhin eine Schmach für die SPD, daß sie solchen Leuten Tür und Tor öffnete. Die sozialdemokratischen Arbeiter aber müssen erkennen, daß diese Austritte durchaus keine Einzelfälle sind. Sie sind vielmehr kennzeichnend für den Geist und die „Gesinnungstreue“ einer ganzen Führerschaft, für die die sozialdemokratischen Arbeiter Opfer über Opfer gebracht haben.

Abfuhr Hitlers bei Hugenberg

Berlin, 15. Dezember.

CNB. Der Vorsitzende der deutschen nationalen Landtagsfraktion, Dr. v. Winterfeld, hat, wie das Nachrichtenbüro des VdZ meldet, am Donnerstag dem nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kersch, der mit den Deutschenationalen über ihre Beteiligung an der Regierungsbildung in Preußen verhandelt hatte, folgende Mitteilung zu gehen lassen:

„Die deutschnationale preußische Landtagsfraktion ist aus grundsätzlichen Erwägungen zu einer Beteiligung an der vorgeschlagenen Regierung in Preußen zurzeit nicht bereit. Die Ablehnung der Regierungsbeteiligung muß schon deshalb erfolgen, weil wegen der grundsätzlichen Oppositionsstellung der NSDAP gegen das Reichskabinett nicht die Gewähr dafür gegeben ist, daß mit Bildung der geplanten preußischen Regierung kein neuer Gegensatz zwischen Reich und Preußen in Erscheinung treten würde.“

Die jämmerliche Kriecherei der Nazis nach einigen Ministeresseln endet für sie mit einer blamablen Abfuhr. Hitler, der großsprecherisch verkündete, „nur die ganze Macht allein“ annehmen zu wollen, muß von dem „kleinen Hugenberg“ einen derben Fußtritt einstecken.

Keine Entschädigung? Opfer der Phosgen-Katastrophe fordern Abfindung

Wie verlautet, sind in dem nunmehr schon vier Jahre hindurch in mehreren Instanzen geführten Prozeß um die Entscheidung der durch das Hamburger Phosgenunglück vom 20. Mai 1928 Betroffenen Vergleichsverhandlungen mit dem hamburgischen Staat eingeleitet worden.

Wie bekannt, hat die furchtbare Katastrophe 15 Tote gefordert.

300 Menschen wurden in ihrer Gesundheit schwer und teilweise dauernd geschädigt, was wiederum den Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz zur Folge hatte.

Trotz der bewiesenen offensichtlichen Gemeingefährlichkeit der Hamburger Phosgenanlage lehnt der hamburgische Staat noch immer eine Abfindung an die Geschädigten ab. Darum ist es absolut möglich, daß der Prozeß auch im fünften Jahre seinen Fortgang findet. Die Arbeiterschaft muß verlangen, daß der Komödie ein Ende bereitet wird und die so schwer durch die Giftgasherde Geschädigten endlich zu ihrem Recht kommen.

Auslands-Rundschau

Brüssel, 15. Dezember.

Der zurückgetretene Ministerpräsident de Brocqueville ist vom König mit der Neubildung des Kabinetts betraut worden. Der liberale Führer Devèze hat an den sozialistischen Führer Vandervelde ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn zur Bildung einer nationalen Regierung auffordert. Der zurückgetretene Ministerpräsident de Brocqueville hat sich mit dem Schritt Devèzes bei der sozialistischen Partei einverstanden erklärt.

Oslo, 15. Dezember.

Die norwegische Regierung plant eine Umsatzsteuer in Höhe von drei Prozent auf alle Waren im Kleinhandel, mit Ausnahme von Mehl, Brot und Milch. Die Steuer soll am 1. Februar in Kraft treten.

Wien, 15. Dezember.

Im Nationalrat wurde heute das Gesetz über die Herabsetzung der Gebühren für die neu angeworbenen Soldaten verabschiedet. Im Laufe der Debatte wurde von den Rednern aller Parteien auf die Beschlüsse von Genf über die Stellungnahme Deutschlands in der Wehrfrage hingewiesen und daran die Erwartung geknüpft, daß auch Oesterreich in die Lage versetzt werden würde, über sein Wehrsystem selbst zu entscheiden. Von Seiten der bürgerlichen Parteien wurde dabei entschieden die Notwendigkeit betont, zu einem System der allgemeinen Wehrpflicht zu gelangen.

Das Sowjetkind auf der Bühne

Von Lilli Körber

Heute herrscht helle Aufregung im Kindertheater: eine Premiere, dazu eine für die ganz Kleinen, ein Puppenspiel, kein Kasperl, nein, zwei rotbäckige Fratzen, Petjka und Tanjka, die russischen Hänsel und Gretel, gehen auf Wanderschaft — oder besser gesagt — sie fahren auf Wanderschaft — denn sie sind moderne Sowjetkinder. Eigentlich fahren sie Tanjkas Vater nach, und dabei sehen sie sich den sozialistischen Aufbau an: das große Werk Dnjeprstroi, das den Dnjepr schiffbar gemacht hat, die Eisenbahn Turksib, eine Kollektivwirtschaft . . . hier ist der Klassenkampf noch lange nicht zu Ende, in der Nacht halten die Kulaken (Großbauern) eine geheime Besprechung ab, der neue Traktor der Kollektivwirtschaft soll zerstört werden . . . große Aufregung im Zuschauerraum . . . schon gehen die Kulaken an die Arbeit. „Petjka, los, aufstehn, sie zerstören den Traktor!“ ruft eine Knabenstimme. Durcheinander auf der Bühne — die Kulaken werden gefangen, Petjka und Tanjka können beruhigt ihre Reise fortsetzen.

In der Sowjetunion, wo die Wirklichkeit so bunt und reich ist wie kaum das schönste Abenteuerbuch, braucht der Dichter nur ins Leben hineinzugreifen, um eine spannende Geschichte für jung und alt herauszuholen. Da ist das Baschkirendorf Gidgo. Trotz des Sowjets beherrscht der Mulla unumschränkt die Gemüter, hält mit dem Rohrstock Schule, bespricht die Krankheiten. Plötzlich erscheint in Gidgo die junge Lehrerin, läßt ausrufen, daß sie nicht nur Knaben, sondern auch Mädchen unterrichtet, verbindet einen Verduneten, warnt den Kulaken davor, seine kleine Tochter mit dem alten Landarbeiter zu verheiraten, da die Sowjetgesetze die Kinderheirat verbieten. Dadurch macht sie sich den Mulla wie den Kulaken zu Todfeinden. Aus ihrer Hausapotheke stehlen sie Bluteleg, lassen sie auf die Bevölkerung los, reden den Bauern ein, es wären schwarze Teufel, die die Hexe über sie gebracht hat. Sie beschuldigen die junge Frau sogar des Mordes — den in Wirklichkeit der Kulak verübt hat, — schmuggeln ihr das Geld des ermordeten Kaufmanns ins Zeit — nur dank ihrer Klugheit und Geistesgegenwart gelingt es ihr, sich zu retten und ihre beiden Feinde zu entlarven.

Und dann, für die Größeren, die Problemstücke. Eine neue Welt wird gebaut mit neuen, eigenen Gesetzen. Die alten gelten nicht mehr — oder doch? Z. B., daß man einen Kameraden niemals, unter keinen Umständen verraten darf? Aber wenn er die Allgemeinheit schädigt, wie der Dieb Wasja? Da arbeiten einstige Verwahrloste in einer Schusterwerkstatt, wo sie zu tüchtigen Arbeitern erzogen werden. Aber beständig verschwinden große Lederstücke, und endlich erklärt die Leiterin, daß sie von der zuständigen Behörde den Befehl erhalten habe, im Wiederholungsfalle die Werkstatt zu schließen. Schließt man aber die Werkstatt — so sind wieder alle Knaben der Straße überlassen. Da faßt sich der 14-jährige Kolja ein Herz — um sich und seine Kameraden vor diesem Schicksal zu bewahren, bricht er mit der alten Sitte, die heute ihren Sinn verloren hat, da die Behörde nicht mehr Feind, sondern Freund ist — er nennt der Leiterin den Dieb. Und nun beginnt für den mutigen Knaben ein wahres Martyrium — er wird von den anderen geächtet, gequält und geschlagen, bis sich schließlich die ganze Werkstatt zu den Grundsätzen der neuen Solidarität durchgerungen hat.

Ein zweites Problem — eins der wichtig-

sten im Leben des Kindes: wie soll es sich gegen die Ungerechtigkeit der Erwachsenen wehren? Da ist Linjka, der Pionier; er hat Tipa, die Leiterin seiner Abteilung, mit Hilfe zweier „unorganisierter“ Buben im Pionierklub an einen Stuhl gebunden, um sich dafür zu rächen, daß sie den gegen ihre Erlaubnis von ihm erbauten Tierzwinger zerstören ließ und ihn bei jeder Gelegenheit quält und beschämt; er hat den Geleitbrief, den er zum Eintritt in die Betriebschule braucht und den sie ihm verweigert, gefälscht und erscheint nun vor seinen Kameraden und der Leitung, um sich zu verantworten. Soll er nun aus der Pionierabteilung ausgeschlossen werden oder nicht? Atemlos folgen die Kinder im Zuschauerraum den Geschehnissen auf der Bühne. Es ist einer der Irgenigen, der dort oben abgeurteilt wird. Sie können nicht unbeteiligt bleiben. Von den Rippenstößen der Nachbarn ermutigt, besteigt ein elfjähriges Mädchen die Bühne, um sich für Linjka einzusetzen. Ein kleiner Junge in Filzstiefeln erklärt, die Hände in den Taschen, daß die Leiterin zwar nichts touge, daß aber ein richtiger Pionier nicht mit solchen Mitteln

kämpfe, sondern „organisiert“ im Einverständnis mit dem ganzen Pionierkollektiv vorgehe. Das sieht nun auch Linjka selber ein und kommt, zur Erleichterung des Zuschauerraumes, mit einem Verweis davon.

Voll Spannung ist dieses Theater, voll Aktivität; keine bösen Zauberer, die einen verhexen, keine guten Feen, die einen erlösen, das Sowjetkind ist, wie auch der Erwachsene, Träger seines Schicksals geworden, selbstbewußt kämpft es um ein besseres Dasein, um seine Rechte, um eine neue Ethik. Es kämpft zusammen mit dem Kollektiv und mit dem Staat, seinem ersten Freund.

Tendenzkunst? Nein! Denn tendenziös wirken die Dinge nur, wenn man's schlecht macht. Frau Natalin Sz, die Leiterin und Regisseurin des Kindertheaters, aber macht es gut. Farbenpracht, dazu abgestimmte Musik, Humor fesseln den kleinen Zuschauer, erziehen ihn künstlerisch; und die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus — nicht nur des Aufbaus der Industrie, sondern des neuen Menschen — reißt ihn hin zum Miterleben, Mitschaffen, ihn, den Schöpfer des morgigen Tages.

Walzwerk

Der Streik war zu Ende*). Nischl wollte nach dem Streik wie gewöhnlich an seine Arbeit. Der Obermeister hielt ihn an.

„Nischl! Sie gehen von heute ab in den Schlacken Keller.“

Ohne ihn weiter zu beachten, ging der Obermeister weiter und schrie dem Kranführer Anweisungen zu.

Trotz blühte sich in Nischl auf. Wollte man ihm also auf diese Weise die Beteiligung am Streik vergelten? Sollte dies die Strafe sein? Die Wut überkam ihn. Die Dreckarbeit verweigern?

Dann ohne Arbeit, und die große Familie . . . „He, Seppi!“ rief ihn einer an. Im Kelleringang bei den Tieflöten stand Weber und winkte: „Komm, 's wird Zeit!“ Langsam ging er dem Keller zu, obwohl sich alles in ihm sträubte, zu dieser Arbeitsstelle hinabzusteigen.

Wie heiße Lohe umflirte ihn die trockene Luft hier unten. Weber reichte ihm zwei Asbesthandschuhe, zeigte auf die Eisenstangen, die herumlagen und sagte: „Nimm dir auch eine davon, wir wollen erst am Ofen zwölft, den „Bär“ losdrücken. Da sitzt das ganze Fuchsloch schon zu. Zieh aber erst dein Hemd aus!“

Unwillig und zögernd kam Nischl dieser Aufforderung nach. Er war sich noch nicht schlüssig, ob er überhaupt anfangen sollte. Der Schweiß sickerte ihm schon aus den Poren, bevor er angefangen hatte zu arbeiten.

„Das ist die Hölle!“ schimpfte er. „Es geht noch heute, schätze höchstens siebzig bis achtzig Grad“, sagte Weber, „wir haben schon neunzig gemessen!“ Nischl sah, wie die Schlacke, die die Blöcke in den Ofen absonderten, durch die

Löcher in den Keller floß. Wie schleimige Suppe tropfte sie herab und häufte sich. Auf einen dieser kleinen Schlackenberge, der bis zum Fuchsloch sich geschichtet hatte, zeigte Weber: „Erst diesen, damit die Schlacke weiterlaufen kann. Ich glaube, das Loch sitzt schon zu!“

Mit Eisenstangen versuchten sie den Schlackenhaufen wegzureißen. Er saß fest. Weber fluchte. Noch mal zwängten und rissen sie. Ohne Erfolg. Auf den mageren Armen von Weber quollen die Adernstränge. „Festgebuckelt“, sagte er und warf die Eisenstange weg. Er griff nach dem schweren Hammer.

Fast unerträglich war die Hitze. Ueber Gesicht und entblößten Oberkörper tropfte Schweiß, den die Hose aufzog. Die Bruthitze dörrte den ganzen Leib aus. Der Rachen ausgetrocknet. Die Lunge japste schwer im Gaudium.

„Halt die Stange unters Loch, wir spitzen ihn los!“

Während Nischl die Stange festhielt, ließ Weber den Hammer mit wuchtigen Schlägen auf den Stangenkopf fallen, bis der Schlackenfluß erneut aus dem Fuchsloch lief.

„So, jetzt schnell wegräumen, sonst backt er wieder an!“ sagte Weber.

Mit einem kräftigen Zug gelang es ihnen, den Schlackenhaufen unter dem Loch wegzuzerren.

Erschöpft wollte Nischl mit Putzwolle sein Gesicht abreiben, aber Weber drängte: „Unter Ofen drei stockt die Schlacke auch, die Brüder von der Nachtschicht haben uns allerhand übriggelassen!“

Erneut mühten sie sich mit dem Schlackenklötz ab. Zwängten, stießen, bis er sich lockerte und sie ihn auf die Platten ziehen konnten.

„In mir kocht's“, sagte Nischl und schüttelte mutlos den Kopf, als ob er nicht mehr weiter könnte.

Der nackte Leib glänzte wie eingeeißelt. Die Pulse hämmerten. Wie mit Nadelstichen gepeinigt, schmerzte das Fleisch von der Glut.



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by 36) Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Schon in kurzer Zeit erwies er sich als außerordentlich geschickt; er war Instrukteur im Traktorenwesen, in der Klubarbeit, war ein gewandter und sehr lustiger Liquidator des Analphabetismus, war Musikant (er organisierte einen dramatischen Zirkel und ein Orchester), ein guter Transportarbeiter und Organisator eines Heimes für die heranwachsende Jugend.

Er ist ein gesunder, lebensfreudiger Bursche. Ich konnte mich nur nicht an seinen kleinen Kopf gewöhnen, der auf mächtigen breiten Schultern sitzt. Grischanja beteiligt sich an keiner einzigen Intrige, verhält sich zu jedem Menschen mit aufmerksamem Interesse, es ist, als sähe er täglich und stündlich in jedem Menschen etwas Neues und Unwiederholbares. Auf den Sitzungen tritt er nur mit Vorschlägen hervor — mit neuen, erfindungsreichen, interessanten Vorschlägen.

Er ergreift aus irgendeinem Grunde sehr gern nach Luscha das Wort und ist ehrerbietig und ausgesucht höflich zu ihr. Er nennt sie sehr formell Luckerja Iwanowna, sieht sie aber, ohne die Blicke von ihr zu wenden, mit entzückten Blicken an. Auf ihrem Gesicht ist zu sehen, daß sie ihn stets neben sich fühlt und daß es ihr angenehm, aber gleichzeitig etwas peinlich ist. Er setzt sich neben Luscha und läßt sich von ihren Worten begeistern. Sie aber rückt von ihm weg und zupft an ihrem Rock. Ein Auftreten Grischanjans erregte uns alle besonders. Wie gewöhnlich sprach er auch jetzt sofort nach Luscha und wie gewöhnlich versuchte er stürmisch, seine neuen, noch unreifen Gedanken auszudrücken.

Luckerja Iwanowna hat sehr gut über unsere Genossinnen, die Frauen, gesprochen. In der Popenbibel heißt es: „Die Frau ist ein Gefäß des Satans, ist die Quelle der Sünde, und

ein Volksspruch sagt: „dainer Frau gib im Herzen den größten Raum, schüttele sie aber dabei wie einen Birnenbaum“. Nun und da schüttele man sie eben auch, ohne die Kräfte zu schonen, man schüttele sie so, daß nicht einmal die Birnen zurückblieben . . . es blieb nur eine Gebärmachine . . . Luckerja hat diesen Kummer klug ausgedrückt: durch bloße Disziplin kann man die Frau nicht zu einem wirklich lebendigen Standpunkt bringen. Eine Frau kann auch ja am besten sagen, was Disziplin ist: die Disziplin war doch jahrhundertlang die grausame Leine, an der sie, unter der Knute des Mannes, abgerichtet wurde. Ich schlage Tschuschkin vor, mit seiner Disziplin auf jemand anderen zu schießen, und den Frauen schlage ich vor, sich bis zu den Zähnen zu bewaffnen . . .

„Ho — ho . . . Krieg . . . Das war ein Schuß.“

Selbstverständlich. Mein Vorschlag ist: die Frauen sollen eine Brigade für die Arbeit im Dorf organisieren, eine Frauenbrigade. Diese Partisanenbrigaden sind gegen die Popen, Kulaken, gegen die Männer, gegen das Vieh und gegen die Hausteufel, an die noch immer geglaubt wird, zu schicken. Das ist ein ungewöhnlicher Krieg, Genossen. Diese Brigade muß den Auftrag bekommen, die Frauen rebellisch zu machen, sie aus den Küchen zu jagen, sie aufzufordern, in die Kommune zu kommen, Schulen zur Liquidierung des Analphabetismus einzurichten, Näh- und Schneiderschulen, Kinderhorte zu organisieren.

„Na — na . . . die Weiber werden ihre Bratpfannen und Topfgabeln in Aktion bringen . . . da wird man nicht schnell genug laufen können . . .“

„Keine Spur! Man muß nur schlau vorgehen. Was denken Sie darüber, Luckerja Iwanowna?“

Luscha erwiderte ernst und nachdenklich: „Sehr richtig . . . aber unsere Frauen werden erschrecken, ungewohnt ist's ihnen . . . wild und ungewohnt . . . wie die Schafe werden sie zurückspringen . . . sie werden sich fürchten . . . im Dorf kann ihnen ja alles mögliche passieren . . . sie können dort ja krumm und klein geschlagen werden . . .“

en lieben die Poesie. Die Frauen muß man mit Musik nehmen . . . Galja Iwanowna wird zweifellos an unserer Front sein, aber Wjetrov wird nur beifällig lächeln. Lächeln Sie, Genosse Wjetrov . . .“

Tatsächlich lächelte Wjetrov, und die Versammlung hörte Grischanja wie einem Conferencier zu und lachte fröhlich. Ich setzte mich begeistert für Grischanjans Vorschlag ein, erregt geriet ich in Eifer. Man hörte mir gespannt und ernst zu. Zufällig blickte ich zu Wjetrov hin: er sah mich aufmerksam an, vertiefte sich ganz in mein Gesicht und in seinen Augen sah ich ein ungewohntes Feuer, das mich erschrak. Augenscheinlich war ich nicht die alte, gewöhnliche alltägliche Leiterin der Kindererziehung, sondern eine andere, neugeborene, ungewohnte (ich fühlte es übrigens selbst), denn nach meiner Rede sahen mich alle mit glänzenden Augen an. Grischanja drückte meine Hand und Luscha rieb ihre Wangen an meiner Schulter.

„Nun, Genosse Rogatkin, und wie ist deine Ansicht?“

Die Pfeife zuckte zwischen Rogatkins Lippen, seine Augen blieben aber nachdenklich teilnahmslos. Er zog die Pfeife aus dem Mund und sagte autoritativ:

„Vom Klassenstandpunkt aus und vom Standpunkt der Politik im Dorf — und wir dürfen ausschließlich nur daran denken — ist der Vorschlag Grischanjans von den Frauen richtig unterstützt worden. Die Sache ist nur ohne überflüssiges Geschrei, ohne Abweichungen, ohne Fanfaren durchzuführen. Ich bin bereit, aktiv mitzuarbeiten.“

Er steckte die Pfeife wieder in den Mundwinkel und schien taub zu sein gegen unseren Lärm.

Neue Signalstangen

Im Herbst und im Winter war die Arbeit in der Kommune eintönig, ruhig und einfach: sie war in den Achtstundentag eingezwängt. Man stand gewohnheitsmäßig früh auf. Von sieben bis acht frühstückte man in drei Schichten im gemeinsamen Speiseraum. Von acht bis zwölf wurde gearbeitet, von zwölf bis zwei zu Mittag gegessen, von zwei bis sechs wurde wieder gearbeitet, von sieben bis acht zu Nacht gegessen. Dann bis zehn Uhr abends wurde Kultur und Parteiarbeit in den Zirkeln im Klub, in der Bibliothek und in der Lesehalle verrichtet. Besonders eintönig war die

Die Augen brannten und Nischl vermaßte, durch seine Nase zu schnüffeln. Er sagte, so hat es die Luft.

„Alles, was er gefühlt, dachte, Hammer Eisenstangen, alles brüht und heiß. Er hat das Empfinden, seine Augen schmelzen ihm in den Höhlen. Mit einemmal bekommt er keinen Atem mehr. Er schnappte und schrak, seine Brust drohte von dem Feuertreiben zu heissen. Er stoppte die Zeretzenden Hände und maulte ins Freie.“

„Hier geh ich kaputt!“ stöhnte Nischl, als er wieder unten war.

„So lange mußt du hier unten, bis ein anderer an der Reihe ist“, erwiderte Weber in bitterem Spott. „Hier unten ist nämlich das Fegefeuer für solche die etwas ausgetessen haben!“

„Mich kriegen sie nicht kreu!“ schobte Nischl.

„Die meisten, Seppi!“

„Mich nicht!“ schlug Nischl erneut gegen seine Brust.

Nischl kam aus dem Schweiß nicht heraus. Auf seinen Lippen spürte er den süßlichen Gasgeruch.

„Kannst den Schlauch nehm'n“, sagte Weber, „und kühlst die Schlacke ab, die wir unter Ofen zwölf weggezogen haben!“

Nischl hielt den Wasserstrahl auf die Schlacke. Es knollte wie Peitschenschläge.

Von Hans Marchwitz.



Hans Otto Henel: „Die Kellnerin Molly“ (Berlin, Pabel-Verlag, 2,85 Mark).

14 Jahre deutsche Republik! Wie ein Hexenwibel älterer Gespenster haben wir die immer gesteigerte Reaktion dieser Zeit über uns hereinbrausen sehen. Jeder Blick in jede Zeitung, jedes Erlebnis in jedem Beruf, auf jeder Studie gab uns in tausend Beispielen eine grauenvolle Anschauung davon. Jedem Proletarier hallten sich wohl viele Male in diesen Jahren ingränig die Fäuste dabei — aber bald waren die Einzelheiten wieder vergessen, überschattet von neuen, noch schlimmeren. Auf dieses Vergessen gründet sich zum Teil die ideologische Macht der Reaktion.

Hans Otto Henel hat mit großem dastellerischem Geschick solche Tatsachen zum Roman eines Mädchens zusammengefügt: „Die Kellnerin Molly“. Tatsachen, die alle einmal in der deutschen Republik passiert sind, das muß man sich beim Lesen oft und oft wiederholen, wenn einem manches als zu kräftig, als gesucht erscheint. Erfunden ist nur, daß hier alles einem einzigen Menschen begegnet, und doch ist diese Molly ein typisches Proletariermädchen, wie wir sie alle tagtäglich um uns sehen, als Kellnerin, als Ladenmädchen, als Arbeiterin und — als Arbeitslose: die erschütternde Wirklichkeit der Proletarierin im neuen Deutschland hält uns Henel wie unter der Lupe vor die Augen.

Ein peinliches, drückendes und quälendes Buch. Aber so muß ein Buch sein, zu dem wir greifen. Wir wollen nicht die „Kunst“, die uns zu Schiefer- und Schläferstündchen abseits führt; wir wollen die Kunst, die uns bounruhigt, erschüttert und aufrüttelt wie die Wirklichkeit selbst — solange, bis wir den ganzen Spuk dieses neuen, ach so alten Deutschland, unter dem wir leiden wie unsere Kinder, unsere Frauen, wie die Kellnerin Molly, hinweggefegt haben. E. St.

Arbeit der Frauen und Mädchen. Sie melkten die Kühe, arbeiteten in der Küche, im Lebensmittelager, räumten das Wohnhaus auf (ich spreche hier nicht von den Frauen, die in den Kinderanstalten ihren ständigen Tagesdienst verrichteten), arbeiteten in den Getreidekammern, in der Waschküche und in der Nähstube. Die schwere Arbeit lastete auf den Männern, die Pflege der Pferde, der Maschinen, die Transportarbeit, die Arbeit in der Getreide- und Oelmühle, in der Käseerei. In der mechanischen Werkstatt arbeiteten qualifizierte Arbeiter: Schlosser, Schmiede, Drechsler, Zimmerer, Tischler und Maler. Die meisten waren Kommune, nur ganz wenige Lohnarbeiter. Aber der Lohn wurde für beide nach ein und demselben Tarif berechnet. Die Lohnarbeiter hatten dieselben Rechte im öffentlichen Leben wie die Kommune, und wir vergaben vollständig, daß sie nicht Mitglieder der Kommune, sondern zufällige, von der Arbeitsbörse geschickte Lohnarbeiter sind.

Ich arbeitete bei den Jungkommunisten. Unsere Jungkommunistenzelle war nicht groß, in der ganzen Kommune waren nicht mehr als zwanzig Jungkommunisten, es gab mehr Burschen als Mädchen. Die Arbeit bei ihnen ging schlecht: ihre Zellenleitung nahm die Sitzungen der Parteiorganisationen nach, brachte dieselben Fragen zur Sprache, langweilte und vergewaltigte sich selbst. Alle taten furchtbar geschweigt, verließen aber ermüdet und innerlich verwüstet die Sitzungen. Und nur auf dem Hof, in der Freiheit — wie Schüler nach einer langweiligen Stunde — wurden sie lebendig, sangen, hetzten, brüllten, soviel sie Lust hatten. Ihr Sekretär, Tischka, ahmte Bankin nach, er war ein breitgesichtiger und schwerfälliger Bursche mit einem kleinen Körper und furchtbar großen Händen, mit dicken Lippen, die unbändig gerne lachen wollten und mit hervorstehenden Augen, die das Zimmer nicht vertrugen. Er war überzeugt, daß das seelenlose Gesicht des Parteisekretärs und sein Stottern die richtigen Kennzeichen eines wirklichen Führers seien. Als ich das erste Mal an einer Sitzung teilnahm, stöhnte ich vor Staunen auf: Tischka spielte Bankins Rolle sehr talentiert, bis zu den kleinsten Einzelheiten. Er wiederholte dessen Worte, ahmte dessen Gesichtsausdruck, dessen schwerfällige Gesten nach. Sein erster Satz waren Bankins Worte: (Fortsetzung folgt.)

„Reformvorschläge“ der sächsischen Ministerial-Bürokratie

Ein unerhörter Plan!

Die Zerrissenheit der Arbeiterbewegung hat sich in politischer Hinsicht in Sachsen, dem einstmaligen roten Königreich, ganz besonders zumungunsten der Arbeiterschaft ausgewirkt. Seit Jahren ist das geschäftsführende Kabinett Schreck am Ruder, ohne daß es dem Landtag gelang, wahrscheinlich ist auch nicht die grösste Absicht vorhanden, eine neue Regierung zu wählen. Diese Tatsache hat der Ministerialbürokratie Oberwasser angeleitet. Sie tritt jetzt mit Reformvorschlägen unter dem Titel „Spätvorschläge für die öffentliche Verwaltung“ an die Öffentlichkeit. Zusammengefaßt sind diese Vorschläge von einem Ausschuss des Landesverbandes Sachsen hiesiger Beamten. Im ganzen sind es 116 Vorschläge, die dieser sogenannte Reformausschuss formuliert hat. Die „Reform“ des Bildungswesens steht dabei noch aus.

Wir greifen einige Stellen dieses farnosen Vorschlags zur Illustration heraus.

Es dürfen nur fachlich vorgebildete Beamte eingestellt werden.

(Damit die höhere Bürokratie recht hübsch unter sich bleibt!)

Die Tarife der Staats- und Gemeindefunktionäre und Angestellten sind im Vergleich mit den entsprechenden Tarifen in der Privatwirtschaft zu prüfen.

(Wir empfehlen das gleiche für die hohen Beamten!)

Entlassung der weiblichen Beamten, sofern sie sich verheiraten.

Ferner Abbau der sozialen Fürsorge durch Beseitigung der staatlichen Heime Ottendorf und Wachwitz.

Einschränkung der Wohlfahrtsunterstützungen durch Versagen von Rechten bei Inanspruchnahme öffentlicher Fürsorge, d. h. Verlust der sogenannten bürgerlichen Ehrenrechte, von allem offenbar des Wahlrechtes!

Beseitigung der Wohlfahrts-pfleger in den Gemeinden.

Abwälzung der Wohlfahrtskosten auf die sogenannte freie Wohlfahrtspflege.

(Als Vorbild schwebt diesen Reformern die „Winterhilfe“ vor!)

Erwerbslosenküchen sollen von der freien Wohlfahrtspflege betrieben werden.

Abhängigmachung der Arbeitslosenunterstützung von der Bedürftigkeit, also Streichung des Rechtsanspruchs, sofern überhaupt noch ein Rest davon vorhanden ist.

Einschränkung der Fürsorge in den Gefängnisanstalten usw.

Man könnte die Liste beliebig verlängern, aber aus Raumgründen wollen wir uns das ersparen.

Der Sinn der Vorschläge ist, die Staats-einnahmen und -ausgaben in Übereinstimmung zu bringen mit dem Ziel, die heutigen Stellungen in der Staatsbürokratie zu sichern.

Wir sehen bei allem, was in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vor sich geht, daß der Arbeiterklasse nur der Weg des außerparlamentarischen Kampfes verbleibt, denn nur so können diese Pläne zunichte werden.

Plauener Gewerkschafts-Demokratie

Eine Demokratie nach dem Muster des Brauns Hauses scheint man beim Plauener Textilarbeiterverband zu haben. Als wir vor einiger Zeit einmal schrieben, daß sich die Filialleitung die Vertreter zu den Vertreterversammlungen zum Teil nach Gutdünken selber zusammensetzt, da waren wir „Übner“, „Verleumder“ und „Schädlinge der Gewerkschaften“, ohne daß aber unsere Behauptungen widerlegt werden konnten. Wir wollen heute zu diesem Kapitel noch etwas beileuern. Am Sonntag, den 11. Dezember, fand eine „Konferenz der tätigen Funktionäre“ statt, die unter anderem zu sehr wichtigen Beitragsfragen Stellung zu nehmen hatte. Die Filialleitung hielt es nicht für notwendig, die Vertreter zu laden, sondern geladen wurden der Vorstand, die Agitationskommission und die Unterkassierer, alles Funktionäre, deren Funktionen irgendwie mit einer finanziellen Vergütung verbunden sind. Es soll damit nichts gegen diese Entscheidungen an sich gesagt werden, aber es ist doch immerhin sehr scham, daß die Filialleitung in erster Linie solche Kollegen als „tätige Funktionäre“ anerkennt, die durch den Charakter ihrer Tätigkeit in einem starken Abhängigkeitsverhältnis zur Filialleitung stehen. Neben dieser treuen Garde konnte man nicht ganz umhin, auch etliche Betriebsvertreter zuzulassen. Um aber keine räumigen Schafe in die Versammlung zu bekommen, ließ es im Rundschreiben:

„Um die Teilnahme keinem Zufall zu überlassen, ist von jedem Betriebsrat eine Delegation festgelegt, und von Eurem Betrieb müssen soandsovielle Kolleginnen bzw. Kollegen teilnehmen, die vom Betriebsrat zu bestimmen sind.“

Die von den Mitgliedern gewählten Vertreter gelten somit also nicht als Funktionäre und daß auch noch erwerbslose Mitglieder vorhanden sind, die wöchentlich 10 Pfennig Beitrag zahlen dürfen, ohne entsprechende Rechte zu haben, kommt der Filialleitung anscheinend immer noch nicht zum Bewußtsein. Daß all das mit einem demokratischen Beschlusungsrecht der Mitglieder nichts zu tun hat, ist ohne weiteres festzustellen: Man schließt sich hier eine Versammlung zusammen, deren Teilnehmer zu 90 Prozent von der Leitung und die übrigen 10 Prozent auch noch nicht von den Mitgliedern, sondern von den Betriebsratsvorsitzenden „bestimmt“ werden. Wahrhaftig, Mussolinis Parlament in Rom ist gegenüber dieser Versammlung geradezu ein Muster von Demokratie. Wie lange aber wollen sich die Mitglieder des Plauener Textilarbeiterverbandes dieser Regierung der Dynastie Kämpfer und Schwarz gefallen lassen?

Die KPD, der Bundesgenosse des Reformismus

Bei den Delegiertenwahlen beim Metallarbeiterverband in Plauen i. V. erhielt in der Generalversammlung die Liste der SAP 116 Stimmen, die der SPD 153 Stimmen und die der KPD 48 Stimmen. Obwohl nun die Opposition (SAP und KPD) über die Mehrheit der Stimmen verfügte, erhielt sämtliche Vertretermandate

die Liste der SPD. Die Kommunisten, die jedes Zusammenwirken der Opposition unmöglich machen, können das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die Reformisten im Plauener Metallarbeiterverband wieder in den Sattel gehoben zu haben. Ob der in der Generalversammlung noch trotz des Widerstandes der Ortsverwaltung angenommene Antrag, das Delegiertensystem überhaupt abzuschaffen, praktisch zur Auswirkung kommt und damit die Auswirkungen der kommunistischen Wahntaktik verhindert, ist zum mindesten sehr zweifelhaft.

Wer auf eine Schwankung der kommunistischen Taktik in den Gewerkschaften hoffte, muß erkennen, daß der Kurs der KPD weiterhin wie seit Jahren schon konsequent in der Richtung der Stärkung des Reformismus geht.

Schiedsspruch für die Maßschneider

Die Schlichterverhandlungen in Leipzig zum Neuausschluß eines Reichstarifes für die Maßschneider haben zu einem Schiedsspruch geführt, der auf allen Gebieten eine weitere Verschlechterung vorsieht. Die Urlaubsentschädigung soll weiter gekürzt, der Lohn für Junggehilfen soll um einige Prozente herabgesetzt werden. Als Vollarbeiter soll in Zukunft erst derjenige gelten, der sechs Berufsjahre (bisher fünf) hinter sich hat. Nachdem bei den letzten Tarifabschlüssen die Festsetzung der Löhne dezentralisiert und in Ortstarifen festgelegt wurden, sollen jetzt die örtlich festgelegten Stundenlöhne wieder in einem zentralen Lohnabkommen zusammengefaßt werden.

Die Urlaubsbestimmungen sollen nur für 1933 Geltung haben, der Rahmenvertrag soll bis 31. Dezember 1933 und das Lohnabkommen bis zum 30. April 1933 gelten.

Von der Leitung des Bekleidungsarbeiterverbandes, die diese sehr ungenauen Angaben über das Verhandlungsergebnis bekanntgibt, wird kein Wort gesagt, wie sie sich zu diesem Schiedsspruch stellt. Man kann zwar in allen Gewerkschaftszeitungen immer wieder schöne Artikel mit der Überschrift „Schluß mit dem Lohnabbau“ lesen, aber wenn es dann in der Praxis so wie hier darauf ankommt, aus dieser Losung die notwendige Schlussfolgerung zu ziehen, dann hüllen sich die maßgebenden Instanzen in Stillschweigen. Dabei ist aber gerade bei einem Reichstarif ein ernsthafter Widerstand nur möglich und erfolgreich, wenn er von zentraler Stelle organisiert und durchgeführt wird.

Lohnkämpfe in Ciudad Real

Ciudad Real (Spanien), 15. Dezember. Zwischen Unternehmern und Arbeitern kam es heute in einem Dorfe bei Ciudad Real wegen Lohndifferenzen zu Zusammenstößen, in deren Verlauf drei Personen getötet und mehrere verletzt worden sein sollen.

Stadtverordnetensitzung Delitzsch

Anträge für Winterhilfsaktion nicht zur Abstimmung gestellt! — Mißbrauch des freiwilligen Arbeitsdienstes!

Am Dienstag fanden sich unsere Stadtveräter zu einer kurzen Sitzung zusammen. Stadtverord. Simon (KPD) brachte einen Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion ein, der umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen für alle Hilfsbedürftigen vorsah. Der Vorsteher erklärte, daß er auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen nicht in der Lage sei, den Antrag zur Abstimmung zu bringen, da angeblich keine genügende Deckung für die Ausgaben vorhanden sei.

Es ist eben so, daß die Arbeitslosen von allen Parlamenten, auch von den Stadtverordnetenversammlungen keine Hilfe zu erwarten haben. Die Forderungen der Erwerbslosen müssen im außerparlamentarischen Kampf durchgesetzt werden. Diesen zu führen ist allerdings die KPD infolge ihrer ultralinken Taktik nicht in der Lage.

Auf Anfrage des Stadtv. Richter (Beamter) gab der zweite Bürgermeister Baumgard die vom Wohlfahrtsamt beabsichtigten Hilfsmaßnahmen bekannt. Es sollen Kohle, Kartoffeln und Kleidung im Betrage von 11.000 RM. aus etatlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden.

Einen Agitationsantrag, wahrscheinlich um die ungedulden organisierten Jugendlichen in ihren Reihen zu bluffen, leistete sich die SPD-Fraktion. Schwahn stellte den Antrag, die alten Unterstützungssätze für die ledigen Erwerbslosen wieder herzustellen, Deckungsnachweis sei in nicht nötig, da die Ausgaben im Etat enthalten seien.

Ein solcher Antrag muß begrüßt werden. Als aber der zweite Bürgermeister erklärte, daß in „Härtefällen“ die Kürzung der Unterstützung zurückgenommen werden soll, nahm die SPD ihren Antrag zurück. Feine Arbeitervertreter, Vertreter der Interessen der werktätigen Jugend sind die Leute, die sich SPD-Fraktion nennen. Den Jugendlichen aber sei gesagt es gibt nur eine Organisation, die eure Interessen vertritt, das ist die SAP und der SJV, die im außerparlamentarischen Kampf für die Interessen aller Jugendlichen eintritt.

Nunmehr trat man erst in die eigentliche Tagesordnung ein. Geschäftliche Mitteilungen betrafen ein Schreiben der Steinschneiderzwangsinnung für den Regierungsbezirk Merseburg. Weiter nahm das Kollegium zur Kenntnis, den Verkauf von Bauland an der Ronnstraße und Damaschkestraße.

Stadtv. Wiesener stellte fest, daß mit den bei der Stadt beschäftigten Arbeitsdienstfreiwilligen Mißbrauch getrieben werde. Die Arbeitsdienstwilligen (der größte Teil Reichsbanner und SPD-Jungarbeiter) würden zu Arbeiten verwendet, die sie nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht auszuführen hätten. Dadurch werden tarifmäßig bezahlte Arbeiter mit der Zeit aus ihrer Stellung gedrängt. Er fordert hier sofortige Abhilfe zu schaffen. Grundsätzlich allerdings sei der Arbeitsdienst abzulehnen.

Stadtrat Gebhardt (SAP) stellt fest, daß die Zahl der städtischen Arbeiter zur Leistung der notwendigen Arbeiten nicht ausreicht. Heberall, im Stadtpark, Friedhof, Verkehrsverwaltung wo früher immer im Winter Hilfskräfte eingestellt wurden, benutze man den freiwilligen Arbeitsdienst und verhindere so, Arbeiter zu tarifmäßigen Löhnen einzustellen. Auch der Ortsausschuß des ADGB habe zu diesen Mißständen Stellung genommen und fordere schnellste Beseitigung. Grundsätzlich muß der Arbeitsdienst abgelehnt werden und die Arbeitererschaft sich dafür einsetzen, daß derartige Arbeiten nur zu tarifmäßig bezahlten Löhnen ausgeführt werden.

Stadtrat Kotze (KPD) stimmte den Ausführungen zu und versprach, daß er als Duzerment für Abhilfe sorgen werde. Weiter betonte er aber, daß die Zahl der Arbeiter in der Verkehrsverwaltung bei weitem nicht ausreicht, beschäftige doch unsere Nachbarstadt Eilenburg mit gerade 2000 Einwohnern mehr 30 Arbeiter, Delitzsch aber nur 14. Dies sei ein unhaltbarer Zustand. Seine Forderungen um Neueinstellungen zu Tariflohn würden aber vom Magistrat abgelehnt.

Wie immer beauftragt der „Vertragungs-politiker“ Richter (Beamter) eine zweite Lesung, um die Verhältnisse beim freiwilligen Arbeitsdienst zu klären, dessen Ausbau er wünsche.

Danach wurden noch kleine Vorlagen angenommen. So Pachtübertragung an den Gutsbesitzer Golf-Brodau. Hier wurde ein SPD-Antrag angenommen, der verlangt, daß bei Flächen von größer als 10 Morgen die Verpachtung öffentlich ausgeschrieben werde. Weiter wird ein der Stadt gewährter Kredit von der Mitteldeutschen Landesbank verlängert.

Danach folgt noch die Entlastung verschiedener Jahresrechnungen einzelner Verwaltungen.

Handwerkslehrlinge in der Krise

Es ist an sich nichts Neues, daß der größte Teil derer, die nach der Schulentlassung in ein Lehrverhältnis eintreten, sofort nach Beendigung der Lehre arbeitslos werden. Gerade unsere Partei, die sich zum großen Teil aus jungen Genossen zusammensetzt, dürfte interessieren, wie die Arbeitslosigkeit unter den Lehrlingen nach Beendigung der Lehre wütet.

In der letzten Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ wird eine Untersuchung veröffentlicht, die im Auftrag des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge von Dr. Hans Eggers-Berlin bearbeitet wurde. Die Ergebnisse verdienen deshalb unser Interesse, weil in den amtlichen Arbeitslosenstatistiken über das Berufschicksal der Lehrlinge nichts näheres gesagt wird. Das Ergebnis der Untersuchung stützt sich allerdings nur auf einen Kreis von 314 Handwerkslehrlingen. Trotzdem lassen sich hieraus gewisse Rückschlüsse auf die Lehrlingsverhältnisse in den Fabrikbetrieben ziehen.

Wenn das Untersuchungsmaterial nach Entlassungsjahrgängen — d. h. nach den Jahren, in denen die Lehrlinge aus der Lehre entlassen wurden — eingeteilt wird, so zeigt sich, daß der Anteil der sofort entlassenen Lehrlinge von 21 v. H. im Jahre 1926 auf 48 v. H. im Jahre 1931 gestiegen ist. D. h. also, daß jeder zweite Lehrling mit Beendigung seiner Lehre im Produktionsprozess keine Verwendung finden konnte. Länger als ein halbes Jahr sind in der Lehrstelle Lehrlinge vom Jahrgang 1931 nur 37 v. H., gegenüber 58 v. H. im Jahre 1929.

Wird die Durchschnittsgesamtarbeitszeit der erfassten Lehrlinge errechnet in bezug auf den Prozentsatz der Arbeitslosigkeit bezw. Wanderschaft, so ergibt sich für den

Jahrgang	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931
ein Verlust von	15 v. H.	23	29	35	46	50	52

Wir sehen also, an dieser Entwicklung die Zerreißung des Handwerksstandes, gleichgültig ob es sich um die sogenannten „Konjunkturjahre“ 1925—1928 oder um die „Krisenjahre“ 1929—1932 handelt. Denn der auffallende Rückgang der Gesamtarbeitszeit der Lehrlinge ist ein Symptom für den Zerfall des Handwerks.

Diese Zahlen drücken das Elend nicht nur der Handwerkslehrlinge, sondern der arbeitslosen Jugend überhaupt aus. Die Niedergangskrise des Kapitalismus zerschlägt den eigenen Nachwuchs. Es ist deshalb sehr erklärlich, daß im besonderen die Jugend die Träger einer neuen revolutionären Bewegung, wie der SAP, darstellt.

Diese Masse der Jugendlichen fällt als revolutionärer Faktor aber nur ins Gewicht, wenn Organisation sie zusammenfaßt und marxistisches Wissen sie leitet. Von dieser Erkenntnis ausgehend, leistet der SJV seine Werbearbeit und die objektiven Bedingungen, die hier in der Statistik sichtbar werden, sind die Garantien seines Erfolges. Hegla.

Arbeitslosenobdach

In Debreczin hat die Polizei nachts eine ganze Reihe von Arbeitslosen aus dem Abflußgraben der Thermalquelle herausgeholt. Die Arbeitslosen erklärten, daß das für sie die einzige Möglichkeit wäre, ein einigermaßen warmes Nachtlager zu haben.

Die Sachsenseite der SAZ kann aus technischen Gründen erst am Dienstag erscheinen.



SAP Planitz, Sonntag, den 18. Dezember, 19 Uhr, im Volkshaus, Mitgliederversammlung. Genosse Frölich, Berlin, spricht über: Lenins Lehre und die KPD.

Geschäftliches

Zwickau. Das „Deutsche Theater“ zeigte bis Mittwoch einen Wildwestfilm — „50 000 Dollar“ — im bekannten Genre. Außerdem lief „Die Königin der Avenue“ mit Aufnahmen aus dem Follies Bergère. Das einzige was daran interessieren konnte war ein Tanz von Josephine Baker, deren quicklebendiger, naturwüchsiger Stil noch immer begeistern kann. Von Donnerstag bis Sonntag bringt das Programm die Filme „Galgenvögel“ und „Ich hab' für dich ein bißchen Sympathie“, außerdem „Tierleben in Südwest-Afrika“ und auf der Bühne die „Zwei Gerano-Jacks“.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; inserate Herbert Scholz, Breslau; Verlag Max Rausch, Breslau. Lohndruck Th. Schatzky A-G, Breslau, Neue Graupenstraße 7.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Treppe, Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto-Nr. 102 92.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Treppe, Telefon 206 02.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

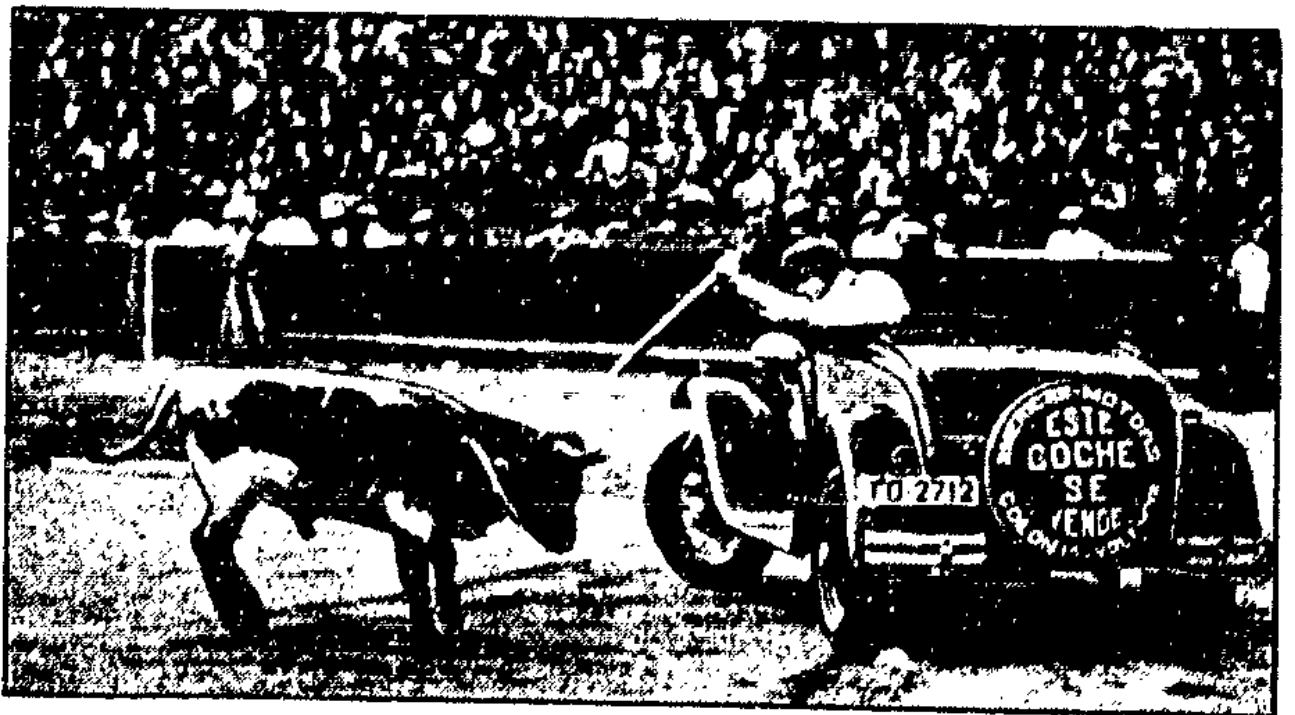
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.30 Porto monatlich.

Weihnachts„rummel“



Sie, die Ausbeuterklasse, das Bürgertum nennt Weihnachten das Fest „der Freude und Liebe“, und sie lassen die Kirchenglocken in den kapitalistischen Ländern läuten, auf daß man die Hungerschreie der Arbeitslosen nicht so deutlich höre. Wenn sie Fest der Liebe sagen, so meinen sie Fest des Profites. All die schönen Spielsachen, die man hier im Schaufenster und auf den anderen beiden

Bildern sieht, sind nicht für Proletarierkinder bestimmt, sondern für die Kinder der Ausbeuterklasse. Arbeiterkinder werden, solange es noch ein kapitalistisches System gibt, auf all diese Herrlichkeiten verzichten müssen und dürfen nur verlangend vor den Scheufenstern stehen. — Arbeitereltern, denkt daran, daß es an euch liegt, auch hier Aenderung zu schaffen.



Ob sozialdemokratische bürgerliche Republik in Spanien, ob faschistische Militärdiktatur — das Bild bleibt das gleiche: Stierkämpfe anstatt Brot. Stierkämpfe für die Massen, während zu gleicher Zeit die sozialdemokratische Regierung auf streikende und demon-

strierende Arbeiter schießen läßt. Um das widerliche Schauspiel eines Stierkampfes noch „sensationeller“ aufzuziehen, ist man jetzt dazu übergegangen, den Stier von einem Kraftwagen aus langsam aber um so sicherer zu Tode zu quälen.



Neuer Hungermarsch Washington. Arbeitslose brechen in New-York zu einem Hungermarsch nach der Bundeshauptstadt Washington auf, wo

sie durch eine außerparlamentarische Demonstration vor dem Parlament ihre Forderungen auf Erhöhung der Unterstützung durchsetzen wollen



Weihnachten bedeutet gesteigerte Profite für die Geschäftswelt. — Gewiß türmen sich auch dieses Jahr die Berge der Weihnachtspakete auf den Postanstalten — aber so hoch wie in

den früheren Jahren sind sie nicht mehr. Die Weltwirtschaftskrise erschüttert auch so ein „heiliges“ Geschäft, wie es das Weihnachtsgeschäft ist.

Imperialismus im fernen Osten



Japan bereitet sich in der Mandchurei auf den Winterkrieg vor. Zwar ist es den japanischen Truppen in der letzten Woche gelungen, eine große Abteilung der antijapanischen Partisanentruppen gegen die Westgrenze der Mandchurei zu drängen und zum Uebertritt auf russisches Gebiet zu zwingen — damit haben sie aber noch lange nicht die japanische Aufstandsbewegung unterdrückt. Allerorten sammeln sich auch weiterhin Par-

tisanentrupps, die den japanischen Imperialismus beunruhigen und bedrohen. — Auf dem linken Bilde sehen wir mandchurische Bauern auf der Flucht vor den japanischen Okkupationsbehörden, die ja bei dem geringsten Verdacht, daß die Bauern die Aufständischen unterstützt haben, die angeblich Schuldigen an die Wand stellen — auf dem rechten Bilde revidiert ein japanischer Militärpolizist das kärgliche Gepäck eines geflüchteten Bauerns.



In Frankreich ist das Ministerium Herriot gestürzt worden. Damit hat die politische

Weltkrise eine neue Verschärfung erfahren.



Die faschistische Action Francaise demonstrierte in den Straßen von Paris gegen weitere Schuldzahlungen an die amerikanischen

Kapitalisten, während in der französischen Kammer Herriot eine Mehrheit für die Schuldzahlungen vergeblich herbeizuführen versuchte.

Wirtschaft der Woche

Ablauf der Handelsverträge — Anlaß zu noch höheren Zöllen

Seit der englischen Imperiumkonferenz in Ottawa, die durch den Beschluß einschneidender Vorzugsbehandlungen im englischen Warenverkehr mit seinen Dominions für England eine Revision seiner Handelsverträge mit verschiedenen anderen Staaten notwendig macht, ist die Frage der Umgestaltung der Handelsverträge fast auf der ganzen Linie ins Rollen gekommen.

Eines der Hauptprobleme der bürgerlichen Wirtschaftspolitik bildet dabei die Frage, ob man das bisher am meisten angewandte Prinzip der Mostbegünstigung beibehalten soll (die günstigsten für eine bestimmte Ware mit irgend einem Lande vereinbarten Zollsätze müssen stets auch dem Vertragspartner eingeräumt werden), oder ob das Präferenzsystem (Vorzugszölle nur für den einen Partner, mit dem man den Vertrag abgeschlossen hat) heute mehr am Platze ist. Bei dem Präferenzsystem handelt es sich dann wieder um die Frage, ob solche Vereinbarungen nur einseitig oder von den Partnern gegenseitig eingegangen werden, oder ob sich auch mehr als zwei Länder zu einem System gegenseitiger Vorzugsbehandlung zusammenschließen. Die Mostbegünstigungsklausel ist verschiedenen Regierungen heute sehr lästig geworden, weil die Fragen der Handels- und Wirtschaftspolitik ja keineswegs nur vom ökonomischen Standpunkt gestellt werden, sondern weil auch politische Gesichtspunkte und politische Rivalitätskämpfe dabei eine große Rolle spielen. Da hier seit längerem aber alles stark in Fluß geraten ist, Neugruppierungen sich bilden und bisherige Verbündete sich in einem weit kühleren Verhältnis zueinander befinden, als etwa noch zu Beginn der Weltwirtschaftskrise, so wächst die Neigung zum Präferenzsystem, das in dieser Hinsicht größeren Spielraum läßt.

Argentinien, das durch die Vereinbarungen von Ottawa sehr erheblich getroffen wird (Fleisch- und Wollausfuhr), hat damit geantwortet, daß es alle seine Handelsverträge, die die Mostbegünstigungsklausel enthalten, kündigen wolle, um sich bei Neuausschlüssen mit allen nur denkbaren Mitteln eine Absatzsicherung nach Europa (darunter England) zu verschaffen.

Dänemark, das ebenfalls stark betroffen ist, versucht einmal, Deutschland gegen England, aber, da es durch die deutschen Kontingentierungspläne auch von dieser Seite bedroht wurde, auch England gegen Deutschland — in bezug auf die dänische Industriewareneinfuhr — auszuspielen. Dänische Industrielle forderten, daß sofort auch die Bacon- (Schinkenspeck-)Einfuhr eingeschränkt würde.

Holland, das noch im Sommer 1931, im Anschluß an die Lausanner Reparationskonferenz, durch einen zunächst einmal mit Belgien und Luxemburg zustande kommenden Übereinkommen betr. gegenseitigen allgemeinen zehnpromzentigen Zollabbaus die Welt aus dem Gewir immer höher geschraubter Zölle wieder herauszuführen beabsichtigte, hat inzwischen selbst starke Zollerhöhungen — als Antwort auf Ottawas und auf die deutschen Handelsbarrieren — für eine Reihe wichtiger Waren (optische Instrumente, Bier, Textilwaren, Benzin u. a. m.) durchgeführt, und das erwähnte Übereinkommen von Lausanne-Ouchy hat heute noch keine Ratifizierung. Das Bestreben, gegenüber den großen Industriestaaten durch eine feste holländisch-belgische Zollunion ein gewisses Gegengewicht zu schaffen, besteht jedoch weiter.

Da der bestehende deutsch-holländische Handelsvertrag Ende des Jahres abläuft, schweben daneben zur Zeit auch deutsch-holländische Wirtschaftsverhandlungen.

Die Schweiz erhöht ständig einzelne Zollsätze für bestimmte Waren und erläßt neue Kontingentsbestimmungen, darunter gerade auch gegen Waren, die bisher in starkem Maße aus Deutschland eingeführt wurden (Hüte u. a. m.). Dabei wurde erst vor kurzer Zeit, Mitte November, der deutsch-schweizerische Handelsvertrag mit verschiedenen Änderungen erneuert.

Rumänien hat erklärt, eine Kontingentierung seiner Einfuhr vorzunehmen.

Oesterreich hat vor kurzem einen neuen Vertrag mit Italien abgeschlossen mit bestimmten Präferenzgrundlagen. Seine Verhandlungen mit Frankreich werden dadurch in die Länge gezogen, daß Frankreich zu gleicher Zeit mit Deutschland in Wirtschaftsverhandlungen steht und daß diese teils auf Grund von bestimmten Zollforderungen Frankreichs, teils weil das ganze Projekt einer französisch-deutschen Wirtschaftsannäherung zur Debatte steht, sich außerordentlich langhinziehen. Von diesen Verhandlungen hängt aber auch die Zollregelung gegenüber Oesterreich ab, bzw. wird diese von Deutschland wie von Frankreich bewußt davon abhängig gemacht.

Auch die faschistische italienische Regierung, die immer gegen die Zollpolitik redet, kündigt Zollerhöhungen an.

U. a. läuft auch der deutsch-schwedische Handelsvertrag zu Anfang des neuen Jahres ab, und am 7. März der deutsch-jugoslawische Vertrag, so daß auch hier neue Verhandlungen im Gange sind.

Deutsche Zollerhöhungen

Der Ablauf der Verträge bedeutet für Deutschland, daß die Regierung wieder freie Hand über die Zollgestaltung bestimmter Waren erhält. Die deutschen Industriellen und vor allem auch die Großexporteure fordern aber auf Grund der Vertragsbedingungen neue

Zollerhöhungen. So sollen wie z. B. jetzt schon für die Zeit nach Ablauf des Vertrages mit Jugoslawien eine Zollerhöhung für Eier von 5 auf 50 Prozent fordern.

Für Speck und Schmalz, deren Sätze durch den bisherigen deutsch-schwedischen Vertrag gebunden sind, wird ebenfalls eine beträchtliche Zollerhöhung gefordert. Man spricht davon, daß von agrarischer Seite nicht weniger als ein Zoll von 50 Mark pro dz Schmalz zum Schutze der heimischen Landwirtschaft, d. h. als Preiswucher an den breiten werktätigen Massen, gefordert wird.

Hohe Dividenden bei den Brauereien

Während in der heutigen Krisensituation die meisten Unternehmungen dividendenlos bleiben, können die Brauereien, von Ausnahmen abgesehen, wieder hohe Dividenden auszahlen. 4, 5 und 6 Prozent Dividende sind das übliche, vereinzelt (z. B. bei der Brauerei Zirndorf) werden sogar 12 Prozent ausgeworfen.

Dabei melden fast alle Brauereien einen starken Rückgang des Bierabsatzes im Jahre 1931/32, der auf das rapide zurückgegangene Masseneinkommen zurückzuführen ist. Verschiedene der vorliegenden Berichte geben schamhaft an, daß die Gewinne und Dividendenauszahlungen, nur durch große Sparmaßnahmen zu erzielen gewesen sind. Das heißt nichts anderes, als daß die Lohnsenkungen der Brauereiarbeiter den Unternehmern noch trotz des Absatzrückganges die Profite abgeworfen haben.

Stillhaltekonferenz für Ende Januar einberufen

Im vorigen Jahre, als Deutschland knapp vor der Erklärung der Zahlungsunfähigkeit stand, wurde ein sogenanntes Stillhalteabkommen abgeschlossen, auf Grund dessen nur ein bestimmter Teil der fälligen Auslandsschulden gezahlt zu werden braucht. Dieses Abkommen ist Ende Februar 1933 abgelaufen, und es steht nun die große Frage

auf der Tagesordnung, ob die Gläubigerländer auch weiterhin eine Stillhaltung gewähren bzw. neue Vereinbarungen eingehen werden.

Mehrere Male in letzter Zeit tagte ein besonderer Studienzusatz für diese Frage, doch ist er bisher zu keinem endgültigen Ergebnis gekommen. Er soll am 10. Januar erneut zusammentreten. Außerdem ist für den 30. Januar die offizielle Kommission aller beteiligten Länder zwecks Beschlusfassung über die weiteren Maßnahmen nach Berlin einberufen worden. Zweifelloser wird die Frage der deutschen Schulden hier mit derjenigen der Kriegsschulden Englands, Frankreichs usw. an Amerika verknüpft werden. Ein positiver Ausgang dieser Konferenz ist kaum zu erwarten.

Was hat Amerika zu bekommen?

Welche Staaten nun tatsächlich am 15. Dezember die fälligen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten bezahlt haben, ist noch nicht bekannt geworden. Die den Vereinigten Staaten zustehenden Teilschulden setzen sich folgendermaßen zusammen:

	Schulden: Kapital: Zinsen: Insgesamt:		
	Mill. Doll.	Mill. Doll.	Mill. Doll.
I. Vormalig reparationsberechtigigte Mächte			
Großbritannien	30	65,55	95,5
Frankreich	—	19,26	19,26
Belgien	—	2,125	2,125
Italien	—	1,245	1,245
II. Sonstige Schuldner			
Polen	1,357	3,070	4,27
Tschechoslowakei	1,5	—	1,5
	Taus. Doll.	Taus. Doll.	Taus. Doll.
Estland	111	245	356
Finnland	58	128	186
Lettland	46	102	148
Litauen	—	95	92
Ungarn	12	28	40
Insges.: Mill. Doll.	33,084	91,849	124,934

Politik der Woche

Der Frieden von Genf

Das außenpolitisch wichtigste Ereignis der vergangenen Woche ist die Einigung der fünf Großmächte in Genf, Deutschlands Gleichberechtigung in der Frage der Rüstungen ist prinzipiell anerkannt worden, und die Vertreter des Kabinetts Schleicher nehmen von jetzt ab an den weiteren Beratungen der sogenannten Abrüstungskonferenz teil.

Woher diese Einigung? Verschiedene Ursachen sind dafür ausschlaggebend gewesen. Erstens kam es den europäischen Großmächten darauf an, gegenüber dem immer gefährlicher werdenden Druck des großen Gläubigers USA eine einheitliche Front herzustellen und durch ein Lippenbekenntnis zur Abrüstung eine günstigere Stimmung für Schuldennachlässe zu erzielen.

Zweitens werden im Hintergrund der Fünfmächtekonferenz die Vertreter der Rüstungsindustrie, die ja aufs engste international zusammenarbeiten, ihre Pöden gezogen haben, um einen Beschluß herbeizuführen, der praktisch die

Möglichkeit neuer Aufrüstung Deutschlands enthält und damit neue Geschäfte für die internationale Rüstungsindustrie verspricht.

Drittens sind die kapitalistischen Großmächte trotz aller Gegensätze, die zwischen ihnen bestehen,

einig in der Gegnerschaft gegen Sowjetrußland.

Wenn es auch bestimmt nie im Text eines Vertrages stehen wird, so ist doch als sicher anzunehmen, daß die deutsche Regierung in Genf weitgehende Zusicherungen über ihre eventuellen Kriege gegen die Sowjet-Union gegeben hat. Anders wäre das Entgegenkommen der Westmächte an die deutsche Regierung nicht zu verstehen.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß die kapitalistische Verständigung von Genf

nicht dem Frieden dient, sondern der politischen und militärischen Vorbereitung neuer Kriege.

Die Arbeiterschaft muß auch bei den weiteren Verhandlungen der Abrüstungskonferenz versuchen, hinter die Kulissen zu blicken; sie muß in allen Ländern gerüstet sein zum entschlossenen revolutionären Widerstand gegen alle Vorbereitungen des neuen Weltmordens.

Nazi-Paradies Thüringen

Seit Jahren gehen die Nationalsozialisten im ganzen Reich mit der Behauptung kreben, die Nazi-Minister in Thüringen hätten in vorbildlicher Weise auf einen Teil ihrer Gehälter verzichtet. Noch vor wenigen Monaten, am 26. August, gaben die thüringischen Nazi-Minister folgende Erklärung ab:

„Angesichts der Not in Thüringen verpflichten wir uns, ein Ministergehalt mit einer Auszahlung von nicht über 7000 Mark in Anspruch zu nehmen.“

Unterschieden: Sauckel, Wächtler, Marschler.

Jetzt wurde aber festgestellt, daß in Wirklichkeit folgende Gehälter gezahlt werden:

Minister Sauckel	12 269,52 M.
Minister Marschler	11 830,32 M.
Minister Wächtler	11 789,84 M.
Staatsrat Weber	7 000,— M.
	42 899,68 M.

Nachdem dies vor aller Öffentlichkeit festgestellt war, erfolgte am 2. Dezember 1932 eine Erklärung des nationalsozialistischen Innenministers des Inhalts:

„Die nationalsozialistischen thüringischen Minister haben nie behauptet, daß sie nur 7000 Mark Dienstgehalt beziehen!“

Mit solcher Unverfrorenheit betteln die Nazis ihre Wähler — und mit solcher Schamlosigkeit mästen sich die Nazibonzen an fetten Ministergehältern!

Gleichzeitig aber steigern sie durch ihre Politik die Not der Massen ins Unermeßliche. Kennzeichnend dafür ist eine Anklage, die der Führer des Thüringer Landbundes, der frühere Minister Baum, dieser Tage in Saalfeld hielt

Der Nationalsozialismus habe, so führte er aus, in Thüringen

nichts von dem getan, was er seinerzeit versprochen hätte.

Die Not sei vielmehr unter der nationalsozialistischen Herrschaft gewaltig größer geworden. Die aufgepeitschten Massen verlangten nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Hilfe, weil sie ihnen jahrelang versprochen worden sei.

Herr Baum übte sodann scharfe Kritik an den einzelnen Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung und insbesondere an der „Bonzenwirtschaft“, mit der eine „erbärmliche Gesinnungslumperei“ großgezogen werde. Denn

wer heute in Thüringen etwas werden wolle, müsse Nationalsozialist sein.

Statt eines Programms habe die Regierung eine phrasenhafte Kundgebung veröffentlicht. Nach dem bisherigen Ergebnis der Tätigkeit der nationalsozialistischen Regierung könne man sagen, daß sie

innerhalb eines Jahres die Schuldenlast des Landes um 20 bis 30 Millionen steigern

würde. Der nationalsozialistische Finanzminister greife daher zu dem früher bekämpften Mittel der Einführung neuer Steuern. Die Regierung habe den Befähigungsschweis, daß sie etwas leisten könne nicht erbracht. Es stehe vielmehr fest, daß es nur noch kurzer Zeit nationalsozialistischer Regierungstätigkeit bedürfe, um

Thüringens Selbständigkeit zu untergraben und das Land an den Rand des Bankrotts zu bringen.

12000 Mark Ministergehalt — 30 Millionen Mark neue Schulden für das Land — Einführung unsozialer Steuern — Herbeiführung des Staatsbankrotts: das ist das herrliche Ergebnis nationalsozialistischer Regierungskunst!

Sorgt dafür, daß diese Tatsachen bekannt werden!

Die Partei der Panzerkreuzer

Die „SAZ“ berichtete kürzlich über einen Prozeß, den der Vorsitzende der SPD, Otto Wels, gegen zwei nationalsozialistische Redakteure angestrengt hat. Wels fühlte sich beleidigt, weil die beiden Nazis ihm vorgeworfen hätten, er hätte in einer Unterredung mit dem damaligen englischen Außenminister Henderson Landesverrat begangen. Wir haben bereits berichtet, daß Otto Wels auch bei dieser Gelegenheit wieder die nationale Zuverlässigkeit der SPD mit aller Wärme betont hat. Jetzt wird uns aber aus dem ausführlichen Bericht des Sozialdemokratischen Pressedienstes eine weitere Äußerung von Wels bekannt, die festgehalten und verbreitet zu werden verdient.

In diesem offiziellen Bericht des Sozialdemokratischen Pressedienstes heißt es wörtlich:

„Auf die Frage der Verteidigung, ob die Sozialdemokratie nicht grundsätzlich gegen den Bau von Panzerkreuzern sei, antwortete Wels, daß seine Partei stets betont habe, zu Zeiten allgemeiner Not müsse der Bau solcher Kreuzer zurückgestellt werden. Der Vorsitzende regt daraufhin wiederum Vergleichsverhandlungen an.“

Damit ist also von prominentester sozialdemokratischer Seite zugegeben, daß die SPD überhaupt nicht mehr grundsätzlich gegen Panzerkreuzer und Wettrüsten kämpft, sondern höchstens aus finanziellen Erwägungen den einen oder anderen Teil der Rüstungen für unzuweckmäßig hält. Dieser Bericht wird von der gesamten sozialdemokratischen Presse, auch von den sogenannten linkssozialdemokratischen Blättern, wie z. B. der „Chemnitzer Volksstimme“, ohne den geringsten Kommentar wiedergegeben. Damit stellt sich die ganze sozialdemokratische Führung grundsätzlich auf den Boden der kapitalistischen Rüstungen. Man weiß demnach, was man von den hochtönenden Friedensresolutionen der II. Internationale zu halten hat. Angesichts dieses unerhörten Verrats an den Prinzipien des internationalen Sozialismus sind die Aufgaben der Sozialistischen Arbeiter-Partei im Kampfe gegen Wettrüsten und imperialistische Kriegsgefahr doppelt und dreifach groß!

Kapitalsdiktatur

Eine klassische Illustration der „Demokratie“ im kapitalistischen Staat gibt nachstehende WTB-Meldung aus den doch hundertprozentigen Ver. Staaten von Amerika:

Fast wäre es gestern zu einer Einstellung des gesamten Schuldendienstes der Stadt New York gekommen, die, wie seit längerem gemeldet wurde, sich in einer sehr prekären Finanzlage befindet. Gestern haben nämlich Verhandlungen zwischen den Großbanken und der Budgetkommission stattgefunden, die der Herbeischaffung der für die gestrigen fälligen Schulden notwendigen Mittel diente. Die Großbanken zögerten sich in dieser Sitzung sehr hartnäckig, und die Szenen, die sich dabei abspielten, nehmen heute den breitesten Raum in der hiesigen Presse ein. „5 Minuten vor 12“ hat sich endlich die Budgetkommission bereitgefunden, die Bedingungen der Großbanken zu akzeptieren und Abstriche im New Yorker Etat in der Höhe von nicht weniger als 131 Millionen Dollar zuzusichern. Die Stadt erhielt darauf eine Anleihe von 10 Millionen Dollar.

Da geht der simple Wähler, stolz auf sein Wahlrecht, auf die „Macht die vom Volke ausgeht“ wählen und denkt, daß er und die Millionen anderer Wähler mit dem Stimmzettel entscheiden, welche Politik in Staat und Kommune getrieben wird. Aber ach, es ist ganz gleichgültig ob Hoover oder Roosevelt in USA, Papen oder Schleicher in Deutschland an die Spitze kommt. Entscheidend ist, solange der bürgerliche Staat besteht, das Kapital, — wie es hier so eindeutig demonstriert wird, das Direktorium der Großbanken.

„Jugendertüchtigung“

17 Lager für Geländesport

Das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung, diese getarnte Organisation zur Militarisierung der proletarischen Jugend, führt eine Wehrsport-Lehrerausbildung durch. In siebzehn über ganz Deutschland verstreuten Lagern werden dreiwöchentliche Lehrkurse für Geländesport abgehalten. Das Kuratorium arbeitet mit einem Kapital von 1 1/2 Millionen Reichsmark. Davon werden jetzt die Teilnehmer an diesen Kursen in Uniformen gesteckt.

Ueber die Frage, welcher Sport in den Lehrgängen betrieben werden soll, sind jetzt noch Differenzen vorhanden. Während die unteren Instanzen der Sportorganisation durchweg Leibesübungen aller Art verlangen, haben die Spitzen dieser Verbände im Kuratorium beschlossen, Geländesport, also militärische Übungen durchzuführen.

Obwohl das „Reichsbanner“ durch seine Spitzen am Kuratorium beteiligt ist, muß die Stellung der Arbeiter aller Richtungen zu diesem nationalistischen Rekrutendepot klar sein. Weg mit dem Reichskuratorium für Jugendertüchtigung! Die proletarische Jugend ist uns zu schade, um als Kanonenfutter für den kommenden Krieg mitbraucht zu werden.

Werbt Abonnenten!

Parlamentarische Komödie um die Winterhilfe

SPD verhindert Winterhilfsmaßnahmen durch Verschleppungstaktik, KPD durch ultralinken Kurs — Heraus zur gemeinsamen Aktion der Arbeiterparteien

Seit Wochen gehen durch die Öffentlichkeit fortwährend Nachrichten von „geplanten“ Winterhilfsaktionen. Die verschiedensten öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen sind angeblich dabei, zur Linderung der „besonderen Not“ in diesem Winter helfend einzugreifen.

Der Reichstag, Reichsregierung, kommunale Verwaltungen, charitative Verbände, ja sogar die Reichswehr, alles ist dabei, der notleidenden Bevölkerung zu helfen. Wenn man sich die Dinge nun bei Licht beseht, stellt man fest, daß für die Arbeiterschaft nicht viel heraus springen wird. Im Reichstag wird der Sozialpolitische Ausschuß gegen den Etatsausschuß ausgespielt und umgekehrt. Die Regierung macht Versprechungen,

Ein neuer Mitkämpfer

Der von der SPD wegen seiner oppositionellen Haltung ausgeschlossene Stadtverordnete und Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB Brieg, Genosse Paul Deumlich, ist zur SAP übergetreten. Wir empfehlen dem neuen Mitstreiter ein kräftiges „Kampfbreite“

damit der Reichstag sich verhalte, um dann schließlich für ihre Absichten freie Hand zu haben. Ein etwaiger Griff in die Millionenreserven des Reichswehrelats werden mit Entrüstung zurückgewiesen.

Um so ergötzlicher ist das Siegesgeschrei der verschiedenen Parteien, die den angeblichen Erfolg schon auf ihre Fahnen schreiben wollen. Schließlich stellt sich aber immer heraus, daß nicht einmal der ernstliche Wille vorliegt, den Arbeitslosen zu helfen. In dem Augenblick, wo Mittel bereit gestellt werden sollen, ist es mit der Gebefreudigkeit zu Ende. Man greift dann zu dem beliebten Almosen und sammelt Beihilfen in der Öffentlichkeit.

Auch in Breslau sind alle bisherigen Versuche, der in diesem Winter mehr als schwer notleidenden Bevölkerung zu helfen, gescheitert.

Schon bei den Etatsberatungen im Frühjahr dieses Jahres stellte die SAP eine Reihe von Anträgen, daß die Etats der Sozialämter entsprechend erhöht werden müßten, damit der zu erwartenden Not im Winter vorgebeugt werden könne. Rücksichtslos wurde damals alles niedergestimmt.

In der Sitzung vom 22. September wurde durch unseren Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung der Antrag gestellt, die Vorbereitungen für die notwendigen Winterhilfsmaßnahmen sofort zu treffen. Bombastisch erklärte damals der Vertreter des Magistrats, Herr Stadtrat Dauman,

daß es eines solchen Antrages nicht bedürft hätte, weil vom Magistrat alles vorbereitet sei und die notwendigen Mittel im Etat bereit ständen. Leider mußte man nachher feststellen,

daß erst Ende November mit den ersten Maßnahmen angefangen

wurde, und zwar mit der Ausgabe von Brotmarken.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 1. Dezember wurden die Tagesordnungspunkte die sich mit den notwendigen Hilfsmaßnahmen beschäftigten, leider nicht zu Ende diskutiert, weil der kommunistische Redner Zylla mit dem Vorseher in Konflikt kam. Der bekanntlich mit der polizeilichen Entfernung des Stadtverordneten Zylla endete.

Die Versammlung wurde verlagert, mit der Maßgabe, daß die Winterhilfsaktion im Ausschuß noch einmal durchberaten werden solle.

Bei diesen Beratungen war besonders interessant, die SPD-Fraktion des Ausschusses hätte nämlich vorher eifrig mit dem Bürgermeister Mache Fraktionssitzungen gepflogen. Alles war gespannt, was nun an Vorschlägen für die Not der Breslauer Arbeiterschaft von der SPD kommen würde. Und da empfahl der Stadtverordnete Tjch (SPD) lediglich eine „gründliche Prüfung der Etats der Sozialämter“, weil er die stille Hoffnung hatte, daß da noch einiges zusammengekratzt werden könnte. Es war selbstverständlich der Bürokratie ein Leichtes zu beweisen, daß daraus nichts werden könne. Das Ganze war zu offensichtlich eine Verschleppungstaktik. Eine solche Nachprüfung des Sozial Etats in allen Einzelheiten hätte sehr lange Zeit erfordert.

Unser Genosse Kottusch konnte an Hand von Unterlagen eine Reihe von ungläublichen Zuständen angeben, die sich im besonderen mit der Auswirkung der Papenwinterhilfe für die Krisenunterstützungsempfänger ergeben haben.

Die Krisenempfänger, die durch die Papensche Winterhilfe an die Reichsstände heran kommen, werden jetzt vom Wohlfahrtsamt abgeschnitten und sind dadurch von allen Winterhilfsmaßnahmen des Fürsorgeamtes ausgeschlossen, so daß sie

sich jetzt schlechter stellen wie vor der Winterhilfe.

Zum Beispiel eine Familie, Mann, Frau und zwei Kinder, erhalten nach dieser Papenschen Winterhilfe zirka 8 Mark weniger. Auch eine Hilfsaktion!

Die kommunistischen Vorschläge bewegten sich wieder in solch utopischen Bahnen, daß es ein Leichtes war für den Vorsitzenden des Ausschusses zu erklären: „Das ist ungesetzlich, die Anträge dürfen hier nicht beraten werden“, — zur großen Freude der bürgerlichen Vertreter natürlich. Die einzig wirklich möglichen Vorschläge, die unser Genosse Fritz Pietsch schon in der Stadtverordnetenversammlung gebracht hatte, nämlich:

1. Verwendung der 86 000 Mark aus dem Hauptextraordinarium und die Einführung von Gewerbeschulbeiträgen, die den Betrag von zirka 300 000 Mark erreichen würden,

wurde von der Mehrheit abgelehnt. Nachdem die Ausschusssitzung verlaufen war, wie das Hornberger Schießen, nachdem die SPD und KPD Anträge brachten, die von vornherein zu keinem Erfolg führen konnten, fühlte sich der Vorseher erst gar nicht veranlaßt, eine Stadtverordnetenversammlung einzuberufen. Es ist skandalös und bezeichnend für den Zustand der Selbstverwaltung, daß eine so wichtige Angelegenheit, an der zurzeit in Breslau ca. 150 000 Bürger interessiert sind, nicht so wichtig genommen wird, daß vor

Weihnachten noch eine Stadtverordnetenversammlung einberufen wird.

Wir sind der Auffassung, daß die proletarischen Parteien alles tun müßten, um noch einmal in aller Öffentlichkeit zu den Dingen Stellung zu nehmen. Wir sind bereit, an der Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung mitzuwirken. Es gehören 22 Stimmen dafür. Wenn die kommunistische Partei und die Sozialdemokratische Partei bereit sind, einen solchen Antrag zu unterstützen, dann müßte das Bürgerturn, mit ihm der Magistrat und die Aufsichtsbehörden in aller Öffentlichkeit Farbe bekennen, wie sie zu den Forderungen der Breslauer notleidenden Bevölkerung stehen.

Die geringen Maßnahmen, die der Magistrat bis jetzt zugestanden hat, werden leider, wie es scheint, von einzelnen Verwaltungen sogar noch sabotiert. Es ist bekannt, daß das Jugendamt bis jetzt für seine Schützlinge Mitte Dezember noch nicht einmal die Brotmarken verteilt, die vom Fürsorgeamt schon seit Ende November ausgegeben werden. Scheinbar will sich der Badehosen-Sablowsky ein besonderes Verdienst erwerben.

Was gibt's in Liegnitz?

Das Sondergericht Liegnitz ist noch in voller Tätigkeit. Jetzt stand der 23jährige Handlungsgehilfe und SA-Mann Graviat, aus der Untersuchungshaft vorgeführt, vor den Schranken des Sondergerichts. Graviat war vor Monaten mit dem flüchtigen SA-Mann Skolik aus Gleiwitz nach Liegnitz gekommen, weil er sich, nach seinen Angaben, als früherer Kommunist in Gleiwitz „nicht mehr sicher fühlte und dort bedroht worden sei“. (17) Graviat und Skolik hatten am 30. September mit einem KPD-Genossen in der Mittelstraße eine Schlägerei. Bei der polizeilichen Feststellung wurde bei G. ein Revolver vorgefunden. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis wegen unbefugten Waffenbesitzes und Einziehung der Waffe. Von der Anklage der Körperverletzung wurde Graviat

Werdet Mitglied der Proletarischen Kultur-gemeinschaft. Jahresbeitrag 10 Pf. Geschäftsjahr vom 1. September bis 30. August.

natürlich freigesprochen und die Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet.

Weiter stand ein Zusammenstoß am 30. Juli in Altwarthau, Kreis Bunzlau, zur Verhandlung. Angeklagt waren zwei Nazi, der 21jährige Melker Euler und der 18jährige Ofensetzer Rosenblatt, wegen Körperverletzung, schweren Hausfriedensbruchs, unbefugter Waffenführung und Sachbeschädigung. Die beiden Burschen hatten den der SPD angehörigen Fleischer und Ackerkulturscher lautza aus Altwarthau nach einem Wortwechsel verprügelt. lautza flüchtete in seine Wohnung, die er verammelte. Mit Gewalt verschafften sich die Nazis Eingang und prügelten lautza abermals; dieser mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die Angeklagten bestritten, wie üblich, politische Motive. Urteil: Euler 4 Monate 2 Wochen Gefängnis, wovon 2 Monate als verbüßt erachtet wurden; der jugendliche Rosenblatt 2 Monate Gefängnis. Billiger ging's nicht.

Eine Lokalsensation: der Besitzer der Maschinenfabrik Teichert u. Sohn, Friedrich A. Teichert, wurde kürzlich vom Gericht in Untersuchungshaft genommen wegen Verdachts der Devisenschlebung. Die Maschinenfabrik hatte früher mehrere hundert Arbeitnehmer. Bis vor kurzem waren Nazis in diesem Betrieb (der jetzt nur noch wenige Leute beschäftigt) besonders angesehen; Lastwagen für Propagandafahrten wurden gern zur Verfügung gestellt. Dann ging der Wind wohl mehr zu den Deutschnationalen hin, obwohl man sagte, daß man politisch ungebunden sei. Von seiten der Firma wurde kundgetan, daß nur ein formaler Verstoß vorliege, der schon ein Jahr her sei. So leicht verhängt wohl das Gericht nicht Untersuchungshaft über solche Herrschaften!

Die Li-Li-Wo (Liegnitzer Lichtwoche) ist vorüber. Der materielle Erfolg... die Klagen der Geschäftsleute sagen genug. Drum redet die bürgerliche Presse jetzt vom — ideellen Erfolg, der doch nicht hoch genug zu veranschlagen sei. Ob davon jemand leben kann? Und dabei hat man genügend Anreize versucht: Umzüge, Platzkonzerte (Feuerwehr, Reichswehrkapelle, Städtisches Orchester), Posaunenblasen vom Kirchturn, Anstrahlung öffentlicher Gebäude, erhöhte Schaulustbeleuchtung, einen Ball bis 4 Uhr früh (ein seltenes Bild Liegnitzer Gesellschaftslebens, so stand tags darauf zu lesen)

usw. Posaunenkonzert — Gesellschaftsball — alles für die Wirtschaftsbelebung!

Im übrigen macht man jetzt in Winterhilfe und Wohltätigkeitsveranstaltungen. Die Geschäftswelt beklagt sich in der Öffentlichkeit ob der vielen Schnorrerei und Bettelei aller möglichen Vereine und Vereindien. Dabei geht es doch manchen unserer „lieben Mitbürger“ recht schlecht. So zum Beispiel einem Oberregierungsrat in der Goldberger Straße. Seine Frau, die „Gnadige“, kündigte dem Dienstmädchen mit dem Bemerkung, daß man 25 Mark monatlichen Lohn nicht mehr zahlen könne. Der „gnädige Herr“ sei doch auch nur ein kleiner Beamter. Aber wenn das Mädchen für 20 Mk. monatlich bleiben wolle... Sie blieb nicht. Das ihr auferlegte Arbeitspensum stand schon vorher in keinem Verhältnis zur Bezahlung. So geschieden im Zeichen des bevorstehenden Festes der Liebe 1932!

Der Genosse Wp. fähigte kürzlich einen Einkauf in einem Geschäft in der Mittelstraße, in dem auch Spielwaren zu haben sind. Ein anderer Käufer betritt derweil den Laden: an der Mütze Sichel und Hammer, am Jackett das Abzeichen der Antifaschistischen Aktion. Er begehrt Spielzeug für seinen Jungen. Die Verkäuferin: „Baukästen, Holztiere... Bleisoldaten?“ „Ja, Bleisoldaten!“ Eine Schachtel deutsche Soldaten werden eingepackt, bezahlt. — Ja, bei dem „Kampf um die nationale und soziale Befreiung“ der KPD nicht verwunderlich. Sparen wir uns weitere Worte. Der KPD-Genosse würde uns sicher beweisen, daß die Tatsache des Bestehens der Roten Armee in Sowjetrußland usw. ...

Das Ergebnis der Gemeindevahl in Geesthacht machte die „Volkszeitung“ so zurecht, wie sie es brauchte. Die SAP-Stimmen wurden wohl angeführt, nur nicht, wie bei anderen Parteien, auch die vom 6. November. Genau, wie im Bullerjahn-Prozess nicht einmal der Name unseres Gen. Rosenfeld genannt wurde. Solche Taktik Onkel Paulchens haben wir an dieser Stelle schon früher ausführlicher beleuchtet. An uns sollte es liegen, solche Tatsachen in Diskussionen nicht zu vergessen!

Erwerbslose verlangen ihr Recht

Sproffau, 15. Dezember.

Das Wolffsche Telegraphenbüro meldet: „Mittwoch abend kam es in Freiwaldau im Kreise Sproffau zu Tumulten von Erwerbslosen. Während der Anwesenheit des Regierungsassessors von Lutuh vom Landratsamt Sproffau erschienen im Freiwaldauer Gemeindehaus eine Anzahl Erwerbsloser, die eine Sonderbeihilfe forderten. Zu dieser Abordnung gesellte sich eine größere Menschenmenge, die in das Gemeindehaus und in das Amtszimmer des Gemeindevorstehers eindrang. Da die gestellten Forderungen von dem Vertreter der Kreisbehörde abgelehnt wurden, erklärte der Wortführer der Erwerbslosen, daß man sich Brot und Fleisch gewaltsam aus den Läden holen würde. Es wurde deshalb Gölitzer Schutzpolizei angefordert, die in Stärke eines Zuges mit einem Offizier eintraf, aber nicht erst in Tätigkeit zu treten brauchte, da sich die Demonstranten von selbst zerstreut hatten.“

Kommentar erübrigt sich

Die Eisgefahr auf der Oder vorerst behoben

Oppeln.

Durch die Milderung des Frostes ist der in unmittelbarer Nähe gerückte Stillstand der Oderschiffahrt abgewendet worden. Ende der vergangenen Woche betrug die Zahl der auf der Oder verunfallten Talschiffe 657, die voraussichtlich dazu verurteilt sind, der Verwinterung anheimzufallen. Der Winterhafen in Ottek bei Cosel ist mit solchen Fahrzeugen bereits belegt. Die von der Oder oder ins Breslauer Revier zwecks Abbleichern vorgezogenen Talschiffe sind immer noch eifrig bemüht, der Not an Abbleicherraum zu begegnen und sich zur Fahrt nach der Mittelder flott zu machen.

700 Prozent Negersteuer

Grünberg, 15. Dezember.

Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, vom 1. Januar 1933 ab die Bürgersteuer um 200 Prozent zu erhöhen, so daß damit 700 Prozent erhoben werden. Zu diesem Schritt sah sich der Magistrat veranlaßt, um die Etatsüberschreitungen bei der Wohlfahrtsverwaltung abzudecken.

In den Treibriemen geraten

Lüben, 15. Dezember.

Im benachbarten Brauchtschdorf geriet der Gutsstellmacher Standke mit dem Kopf in den Treibriemen. Der herbeiläufige Schmied riß Standke zurück; diesem war aber bereits die linke Gesichtshälfte abgerissen worden. Er mußte ins Lübecker Kreiskrankenhaus geschafft werden.

Erfroren aufgefunden

Lübenberg, 15. Dezember.

In Greiffenberg wurde der 50 Jahre alte Friseur Metzger aus Friedeberg auf dem bereits zugefrorenen Stausee erfroren aufgefunden.



„Heimkehr des Olympiasiegers“

Komödie von Sindbad

Ein Dichter hat mit einem Stückeschreiber ebenso wenig gemein wie ein gepflegte Theaterkultur mit dem Breslauer Theaterwesen. Die Stückeschreiber haben daher hier das Wort. Diese literarischen Handwerker vereinigen den sicheren Spürsinn für die Gangbarkeit ihrer Ware mit der routinierten Fähigkeit, sie abzusetzen. Die äußeren Symptome des inneren gesellschaftlichen Widerspruchs werden von ihnen mit einem achselzuckenden Humor geschildert, die ersten Krisenerscheinungen der Zeit zu einem billigen Amüsement zurechtgestutzt. Nach „Borgeldlicht“ folgt die „Heimkehr des Olympiasiegers“.

Ein armer, dem Rekordwahnsinn des bürgerlichen Sports verfallener Kumpel kehrt als Olympiasieger in die Heimatstadt zurück. Ein Tusch, Trara, speißbürgerlicher Pomp empfangen ihn, und schon ist er gefangen: Eine Frau aus „besten“ Kreisen drüret nach seinen Muskeln, eine vertrauensschwache Firma nach seinem berühmten Namen. Als Generaldirektorelle Marionette verwandelt, kann er freilich das Unternehmen nicht retten und muß bei der Pleite grade stehen: „Es gehört zu den Vorrechten des kleinen Mannes, im richtigen Augenblick die Verantwortung übernehmen zu dürfen.“ Der zum Generaldirektor avancierte Olympiasieger und ehemalige Kumpel kommt auf die Anklagebank. Aber in diesem Augenblick wird der alte erprobte Sportgeist wieder in ihm wach. Er, das Schwergewicht, boxt die wirklich Schuldigen in einer gut angelegten Verteidigungsrede nieder. Der gefährlichste Gegner des Olympiasieger ist zur Strecke gebracht: die öffentliche Korruption, wie wir zu unserer Ueber-raschung erfahren.

Es charakterisiert die Oberflächlichkeit des Autors, wie schematisch die Personen in diesem Stück gezeichnet sind. Der pseudonymo Sindbad denkt sich einen Oberlehrer im Jahre 1932 immer noch mit fliegender Pelerine und durchgewetztem Hosenboden! Die Welt des Kleinbürgers hat der Dichter Sternheim viel, viel besser zum künstlerischen, wirklich gesellschaftskritischen Bild gestaltet, als daß die mechanische, blutleere Zeichnung Sindbads überzeugen könnte. Nichts Erfreuliches bleibt für die Kritik, und so fragt man sich, wird man in dieser Theatersaison

Mitgliedskarten und Karten für die Weihnachtsveranstaltungen der PKU sind im Buchvertrieb der SAZ, Kl. Holzstraße 3, I, zu haben.

überhaupt noch ein diskutables Stück sehen dürfen?

Die Regie Martin Magners kam der un- verpflichtenden Oberflächlichkeit der Komödie weitestens entgegen. Aus der großen Zahl der aufgetretenen Schauspieler seien die menschlich packende Verkörperung der unbeholfenen Kraft durch das ausdrucksreiche Spiel Hans Frank's, die zungenfertige Emsigkeit der von Elise Eckert wiedergegebenen alten Fricken und der etwas aufgeschwemmte Vorstandsklotz des Ringerklubs „Konkordia 01“, Karl Eberhard, hervorgehoben. E. K.

Schenke praktisch!

Empfehlenswerte Firmen in Sachsen

Dresden

Kauft bei
Schuh-Oestreich
das billige Schuhhaus Dresdens

Verkaufsstellen:

Jahnstraße 7, am Wettiner Bahnhof
Frauenstraße, Ecke Schössergasse
Königsbrückerstraße am Albertplatz
Oschatzerstraße 13
Poststraße neben L+Mu

Haidenau

Sport-Walbert

Haidenau: Bahnhofstraße 3
Radeberg: Rathenaustraße 11
Meißen: Martinstraße 10
Niederschlitz: Bahnhofstraße 11
Pirna: Schönberggasse 1

Haidenauer Hof, Inh. Ernst Taubert

Spezial-Ausschank - Bayer. Bier - Zeiniger Kronenbräu
Verleihzimmer - Schütziger Garten
Jeden Sonntagabend **Schlachtfest**
Verkauft ff. Wurstwaren auch über die Straße.

Wilkau

Für das Weihnachtsfest empfehle zu **allerbilligsten** Tagespreisen:
Geraucherte **Fett-Aale**, **Olardinen**, sämtl. Fisch-, Gemüse- und Frucht-
Konserven, Trockenobst, Wal- u. Hasel-**Nüsse**, feinste rote Tafel-**Äpfel**
sowie **Frühstückskörbe** in geschmackvoller Ausführung, u. jeder Preislage
Paul Jausch, Wilkau Sa.

Kauft nur
bei unseren
Inserenten!

W. Kelling Chem. Reinigung-
Kleiderfärberei.

Verbt
Abonnenten!

Zwickau

Besuchen Sie das Kino-
Varieté für jedermann

Deutsches Theater

Montag und Donnerstag
Programmwechsel
Volkspreise: 35, 50, 70 Pfg.

Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Herrenstoffe

Paul Gerstner

Zwickau, Bahnhofstraße 6

Pirna

Bäckerei und Konditorei

Karl Gollmar Steinplatz 14

SCHRÄNKE

in allen Größen
Ueberraschend schöne Kunstlackierung
Kleiderschränke 120 cm nur **56,- M.**
BETTEN-SCHÜBERT
Zwickau, Wilhelmstr. 60



Emil Flach

Auß. Plauensche Straße 19

Weihnachtsgeschenke
große Auswahl:

Kaffee- und Speise-Servicen aller Preislagen
Geschenkartikel in Bleikristall u. Luxusporzellan

Möbel

handwerksmäßig ge-
diegene Arbeit, Lange-
Straße 15, Matthes.

Plauen

Kanarienhähne

Heilige Sänger, bei
Gen. G. Gorges
Plauen i. V., Scheffelstr. 7

Niederhaßlau

F. H. Flechsig jr.

Gebr. 1884 Nieder-Haßlau Fernr. 260

Eisenwaren, Werkzeuge
Haus- und Küchengeräte

Abt. II:

Elektro, Radio, Phonotechnik
Mung, Prüfungen

Ebersbach

Schuhwarenhaus

Albin Wünsche

Ebersbach i. Sa.

Beste Bezugsquelle für
Schuhwaren aller Art

Radebeul

Alle Schuhreparaturen
bei **Erich Gebauer**

RADEBEUL - Serkowitz Str. 72 - Nizzastr. 44

Neusalza-Spremberg

Fahrräder - Nähmaschinen
Wasch- und Wringmaschinen
alles Zubehör billigst
bei **Friedrich Güttler**
Neusalza Spremberg

Klingenthal

Vergessen Sie nicht

als schönstes Weihnachts-
Geschenk einen

Photo-Apparat

vom
Photo-Spezialhaus Knospe

Klingenthal i. V.

Oberwiesenthal i. E. - Sellin/Rügen
zu schenken.

Mein reichhaltiges Lager von den
einfachsten bis zu den modern-
sten Kameras, bietet Ihnen ge-
nügend Auswahl. - Außerdem
großes Lager in Zubehörteilen,
Platten, Rollfilmen u. Papieren.
Gegen Vorzeigen dieses Inserates
erhält jeder Käufer auf Apparate
einen Rabatt von

5 Prozent bis 24. Dezember.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Für den Weihnachtstisch

empfiehlt in großer Auswahl:

Rohlenkästen m. Deckel von 2,50 an
Wärmeflaschen verschied. Ausf. 1,00 „
Spirituskocher verschied. Ausf. 3,50 „
Geflügelscheren 1,50 „
Christbaumständer 0,75 „
Laubsägegarnitur 0,75 „
Werkzeugkästen 0,75 „
Schlittschuhe 3,50 „

Ernst Zimmer, Eisenhandlung
Klingenthal i. V. gtl.

Weihnachtsgeschenke

in Uhren, Gold- und
Silberwaren,
optischen Artikeln

kaufen Sie
zu billigsten Preisen
bei

Paul Kretzschmann

Uhren
Klingenthal i. V. gtl.

Sie kaufen
am billigsten

im

**Modehaus
Meinel**

Klingenthal i. V.
Auerbacherstraße

Juwelen

Uhren

Gold

Silber

u. optische Waren

Lieferant aller Krankenkassen
Ihre preiswerte Bezugsquelle hierfür

Paul Becher, Uhrmacher und Optiker
Klingenthal i. V.

Arbeiterkalender

„Roter Pionier“

im Taschenformat, 160 Seiten stark
Der einzige Taschenkalender,
der alle Anforderungen erfüllt

1933

Der Kalender kann bezogen werden bei allen SAP- und SJV-
Litholeuten, vom Verlag der SAZ oder direkt vom Verlag
Roter Pionier (SJV Ostsachsen, Dresden-A 1, Jakobsasse 5, 1.)

Ski- und Sportstiefel

in sportgerechter Ausführung

kaufen Sie am billigsten im

Schuhhaus Hugo Jehring

Klingenthal i. V., Auerbacherstraße 43

Sportpark Quisisana

Georgenthal - Sachsenberg im Aschberggebiet
Standquartier der Sozialistischen Arbeiter-Sportler

Inmitten schönsten Sportgeländes - Fremdenzimmer - Mittagstisch - Doppelkegelbahn
Ruf: Klingenthal 2606
Besitzer: Gustav Franz